ROTE ANNELIESE

Nr. 166 / Februar 2001 Fr. 4.50

Briger Casino-Träume

Was hat eigentlich Gemeindeschreiber Eduard Brogli im Verwaltungsrat der Casino Brig AG zu suchen?

Seite 13

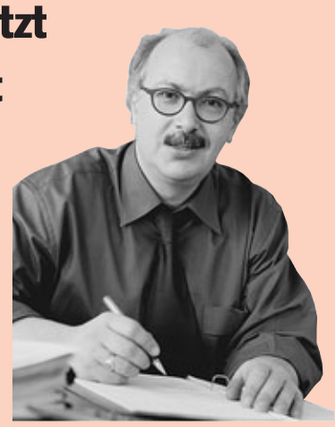
Illegales Dibau-Depot in Ritzingen

Gemeindepräsident Elmar Diezig geniesst die volle Protektion der CVP

Seiten 6–7

Staatsratswahlen 2001

Die schwarzen Hardliner agieren im Hintergrund. Sie lancieren Attacke um Attacke gegen Staatsrat Thomas Burgener. Assistiert werden sie dabei von den Gelben. Jetzt stellt sich die Frage: Kommt es zum Bruch der Formel 3:1:1 oder kann Thomas Burgener seine Arbeit in der Regierung kompetent und engagiert fortführen.



Seite 3

Ehrverletzungsklage gegen Rote Anneliese

- Die harten Fakten
- Die haltlose Strafklage
- Der haarsträubende Polizeibericht

Seiten 8–9

Unglaublich, was sich die bürgerlichen Oberwalliser Grossräte in Sitten alles leisten! Seiten 4–5

Dicke Eier

NZZ stützt «Rote Anneliese»

Im Gegensatz zum WB hat die «Roten Anneliese» die **Seilbahn aufs Hockenhorn** im Lötschental als letzten Blödsinn bezeichnet. Jetzt hat sich auch die NZZ dem Urteil der «Roten Anneliese» angeschlossen und die Erschliessung des Hockenhorns als «kurzsichtige Flucht in höhere Lagen», als **«fragwürdigen Entscheid»**, als «Ablasshandel auf Kosten der Ökologie» und als «langfristig ruinös» bezeichnet. Ein herzliches Dankeschön nach Zürich!

Wallis Tourismus für den Luchs

Jetzt setzt sich sogar «Wallis Tourismus» für den Luchs ein; wenigstens hinter den Kulissen. Aus Sorge um das touristische Image des Wallis haben die Verantwortlichen von «Wallis Tourismus» dafür gesorgt, dass **Jagdinspektor Narcisse Seppey** den Vorfall mit dem deutschen Touristen nicht noch mehr aufbauschen konnte. Frage: Wann hat «Wallis Tourismus» den Mut zum öffentlichen Bekenntnis zum Luchs?

Impressum

Rote Anneliese (ra)
Auflage: 4000
Jahresabo: Fr. 30.–
Unterstützungsabo: 60.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
– German Eyer (eg)
– Kurt Marti (ktm)

Freie MitarbeiterInnen
Renata Werlen, Ursula Schild, Peter Jossen, Cyrill Pinto, Dominik Luggen, Andreas Weissen (aw), Hilar Eggel (he) und andere

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
Fax 027 923 69 71
rote.anneliese@rhone.ch

CVP Brig will Umfahrungsverkehr in der Stadt

Nachdem die 250 Millionen teure Umfahrung von Brig und Naters gebaut ist, belebt die CVP Brig-Glis mit einem überraschenden Vorschlag die Verkehrsdebatte: Sobald die **Umfahrung von Visp** realisiert sei, müsse «Brig-Glis bereit sein, den Mehrverkehr aufnehmen zu können.» Dafür brauche es Parkplätze auf dem FO-Areal beim alten Spital und Parkhäuser am Bahnhof und beim ehemaligen Café La Suisse. Ist dann der Umfahrungsverkehr wiederum in der Stadt, dann planen die **CVP-Ingenieure** die nächste Umfahrung.

Tröstendes von Bischof und Staatsrat

Am Neujahrsempfang jammerte Staatsrat **Jean-René Fournier** über die heutige Wirtschaft, welche «dem unmittelbaren Gewinn nachjagt und eine Philosophie verfolgt, die den Sinn des Lebens und der Arbeit auf das Geldverdienen reduziert.» Doch **Bischof Norbert Brunner** wusste ihn zu trösten und erinnerte ihn daran, dass «der Mensch im Grunde seines Herzens gut ist.» Brunners Rezept gegen die CVP-Verzagtheit: «Not lehrt beten.» Wenn der Kirchenstaat bröckelt, kommt offenbar das Altbewährte zum Zug. Wird also die CVP wie im letzten Jahrhundert zu einer wirtschafts- und fortschrittsfeindlichen Partei?

Täscher Unruhen mitverschuldet

Täsch kam in den letzten Jahren nicht zur Ruhe. Der ehemalige FDP-Gemeindepräsident Hans Imesch, welcher von **CVP-Nationalrat und Anwalt Jean-Michel Cina** beraten wurde, hinterliess einen Scherbenhaufen. Wie im Fall der Walliser Elektrizitätsgesellschaft, der Spitalplanung und des Leukerbad-Debakels ist wieder die SP gefragt. Jetzt räumt der neue Täscher Gemeindepräsident und SP-Mann **Kilian Imboden** auf.

Bumann's Seelenverwandtschaft

Hubert Bumann, der Seilbahnkönig von Saas Fee, muss auf seine alten Tage hin einen Teil seines Imperiums an die französische **«Compagnie des Alpes»** verscherbeln. Die Bahnunternehmung im Gletscherdorf hat in den letzten Jahren über ihre Verhältnisse investiert. Die Folge: Saas Fee gilt in Bankenkreisen nicht mehr als kreditwürdig. Dank der französischen Finanzspritze von 5 Millionen konnte die drohende Pleite im letzten Augenblick abgewendet werden. **Hubert Bumann** lobte die neue «Partnerschaft» mit dem französischen Tourismusriesen am Radio: «Die Compagnie und ich sind seelenverwandt: Wir wollen beide eine maximale Dividende.»

Das hatten ja auch schon andere im Kopf, beispielsweise das Schwein und das Huhn, die gemeinsam eine Fabrik für «Schinken mit Eier» gründeten. Doch die Freude des Schweins an der neuen Zusammenarbeit dauerte nur, bis es ihm an die Eier ging…

Zuerst rein, dann raus!

Im Gemeinderat von Bitsch sitzen neu zwei Vertreter der Opposition. Als es darum ging, die dreiköpfige Delegation für den Bezirksrat zu bestimmen, drohten die Minderheitsvertreter leer auszugehen. Ein Sitz sei für den Gemeindepräsidenten bestimmt, ein Sitz für den Burgerpräsidenten und den dritten Sitz beanspruche **Kalbermatten Hugo** von der bürgerlichen Liste. SP Mann Haenni opponierte, appellierte an das Demokratieverständnis und verlangte für die Opposition einen Sitz im Bezirksrat. Der Bitscher Gemeinderat hiess in einer ersten Runde den legitimen Anspruch der Minderheit gut und wählte **Gemeinderat Haenni** in den Bezirksrat. Mit der Konsequenz, dass Burgerpräsident **Marcel Kummer** ins Gras beissen musste. Der Entscheid des Gemeinderates sorgte in den folgenden Tagen im Dorf für einige Aufregung unter den bürgerlichen Parteistrategen. Sie gruben ein Gesetz aus dem Jahre 1855 aus, nach dem im Bezirksrat der Burgerpräsident von Amtes wegen vertreten sein müsse. An der nächsten Gemeinderatssitzung war die Bitscher Vertretung im Bezirksrat erneut traktandiert. Der Rat vollzog eine Kehrtwende, warf den gewählten SP Mann Haenni kurzerhand aus dem Bezirksrat und wählte den Burgerpräsidenten Kummer neben dem Gemeindepräsidenten und Gemeinderat Kalbermatten wieder hinein. So geht das!

Kein Vertrauen in die Walliser

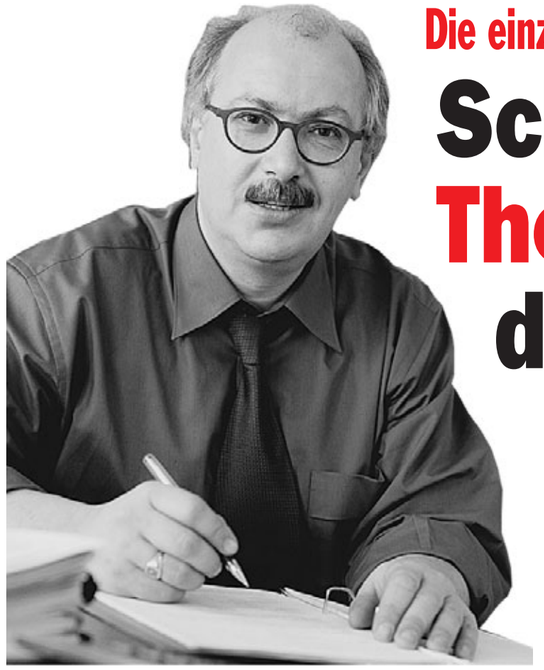
Im Grossen Rat wurde einmal mehr gefordert, dass endlich computergestützte Steuererklärungen eingeführt werden. **Grossrat Edgar Salzmann** erinnerte **Staatsrat Schnyder** an seine Versprechen vor vier Jahren. Dieser gab zu, dass sich diese Angelegenheit etwas verzögert habe. Doch hatte er eine Ausrede parat, die kaum auf Verständnis stiess. Wörtlich: Wenn man Walliser Firmen einsetzen will, muss man mit Verspätungen rechnen. Das spricht nicht gerade für staatsrätliches Vertrauen in die Walliser Computerwelt.

Herbert Dirrens langer Arm

CSPO-Herbert Dirren ist Verteilpräsident für die bald 20 Millionen Franken Lotteriegelder im Kanton Wallis. Das vom Grossrat verabschiedete Gesetz sieht vor, dass die Einzelheiten im Reglement durch das Finanzdepartement von **Willy Schnyder** geregelt werden sollen. Die SPO Fraktion verlangte durch Grossrat **Tony Schmid**, dass der Grosse Rat das Reglement zu genehmigen habe. Doch weit gefehlt: der Antrag wurde bachab geschickt. Vorab die Gelben stimmten wie ein Herz und eine Seele dagegen. Sie mochten ihren Parteikollegen Schnyder und Dirren nicht ins Handwerk pfuschen.

Inhalt

Schafft Thomas Burgener die Wiederwahl? ▶ Seite 3
Grossratswahlen ▶ Seite 4
Fournier hinter Dibau-Diezig ▶ Seite 6
Urban Carlen im Offside ▶ Seite 8
Angeschossene Walliser Jäger ▶ Seite 10
Schnyder in Liechtenstein ▶ Seite 12
Broglis verschiedene Hüte ▶ Seite 13
Otti G. wieder im Geschäft? ▶ Seite 14
Peter Jossen zum Angriff auf das Poststellennetz ▶ Seite 15
Fixer Schnyder macht unsere Verkäuferinnen fertig ▶ Seite 16
SAT AG Steg: Neuer Psychoterror ▶ Seite 16
Rohrkrepierer: Gelbe wollten Willi puschen ▶ Seite 17
Peinlich für Lonza-Direktion: 3 % sind für viele nur 1 % ▶ Seite 17
Rückständige Direktzahlungen in der Landwirtschaft ▶ Seite 18
A9: Rey-Bellet schaltet auf stur ▶ Seite 19
Erich Fried ▶ Seite 20
Wohin frau/man geht ▶ Seite 22
Segelflieger wollen Motoren ▶ Seite 24



Die einzig spannende Frage in diesen Wahlen:

Schafft Thomas Burgener die Wiederwahl?

WALLIS – **Nach aussen ist es relativ ruhig, hinter den Kulissen brodelt es. Die schwarzen Hardliner tun als ob die Linke im Staatsrat die Mehrheit hätte, die Gelben spielen im Hintergrud ihr doppelbödiges Spiel, das sie blendend beherrschen. Und die Blauen versuchen krampfhaft wieder Tritt zu fassen. Für die Linke werden die Staatsratswahlen alles andere als ein Sonntagsspaziergang.**

VON GERMAN EYER

Wilhelm Schnyder

Der gelbe Sunnyboy aus Steg scheint nervös: Zum einen zittert er vor dem Bundesgerichtsurteil in Sachen Finanzskandal Leukerbad, wo er in den 90-er Jahren zusammen mit Richard Gertschen etwas wenig aufmerksam war. Zum anderen weiss er, dass ihm die Basis der CVP Unterwallis die gelbe Unterstützung für den PaCS-Ständeratskandidaten Christophe Darbellay (gegen Simon Epiney) nicht verziehen hat.

Schnyder hat das Landwirtschaftsdossier kaum im Griff. Gleiches gilt für den Tourismus, wo er weiter auf Strukturerhaltung ohne Innovation setzt. Erfolg kann Schnyder bei der Industrie buchen: Diese zahlt aufgrund des revidierten Steuergesetzes massiv weniger Steuern.

Schnyder kann auf die disziplinierte Unterstützung der CSPO und auf einen Teil der CVP zählen.

Jean-Jacques Rey-Bellet

Der Staatsrat aus St. Maurice wurde unterschätzt. Er lässt keine Möglichkeit aus, sich als Einweiher von Strassen und Kreiseln öffentlich zu feiern. Die Bilanz des fleissigen Staatsrats aus St. Maurice ist in der A9-Frage zweischneidig: Auf der einen Seite unterstützte er die Vereinbarung mit den Umweltorganisationen in Sachen Autobahn. Bezüglich des Abschnitts Steg-Visp scheint Rey-Bellet noch wenig offen für eine saubere Abklärung beider Varianten. Dem Wildwuchs bei den Bauten ausserhalb der Bauzonen ist auch Rey-Bellet nicht gewachsen.

Mit dem Dossier «3. Rotten-Korrektion» will er in die Walliser Geschichte eingehen. Rey-Bellet hat die CVP Unterwallis voll hinter sich.

Jean-René Fournier

Der Sittener Staatsrat setzte in den letzten vier Jahren voll auf den Wolf und den Luchs. Manchmal auch zur Erheiterung der Republik. Das Dossier Leukerbad ist in seiner Hand. Dort hantierte der Bänkler eher unglücklich, indem er öffentlich die Emissionszentrale dem Untergang weihen wollte. Fournier feiert die kleinsten Gemeindefusionen als grossen Erfolg und verhindert damit eine echte Renovation der überholten Gemeinde- und Bezirksstrukturen. Wie schon unter Richard Gertschen macht der Walliser Justizapparat keine gute Figur.

Fournier nutzte sein Präsidialjahr für den laufenden Wahlkampf. Er hat seine Partei, die SVP und die Rechtsaussen der Republik hinter sich.

Claude Roch

Der Gemeindepräsident von Port-Valais gilt trotz seines fortgeschrittenen Alters als dynamischer Politiker. Projekte wie der Aqua-Park in Bouveret sind auch sein Verdienst. Roch kommt von der Nestlé und bringt zweifelsfrei ökonomisches Fachwissen mit. Umgekehrt kann ihm die zu starke Anbindung an die Wirtschaft angekreidet werden.

Roch übernahm nach den Nationalratswahlen die Spitze der FDP Wallis. Als Präsident der Radikalen trat er allerdings nie in Erscheinung. Im Zentral- und Oberwallis gilt er als unbeschriebenes Blatt und ist dort kaum bekannt. Er hatte am FDP-Kongress 90 Prozent seiner Delegierten hinter sich. Die Kandidatur von Cilette Cretton gereicht ihm nicht zum Vorteil.

Cilette Cretton

Die ehemalige FDP-Präsidentin ist auf der politischen Bühne seit gut 12 Jahren nicht mehr aktiv aufgefallen und sonnt sich noch etwas im Glanz vergangener Zeiten. Mit Unterstützung von Fabienne Bernard trat sie am Kongress der Radikalen an und holte dort gerade 10 Prozent der Delegiertenstimmen.

Trotzdem: Die freisinnige Lehrerin bringt Würze in den Wahlkampf.

Sie wird bei den Frauen punkten. Noch ist offen, ob und wie sie von der CVPO unterstützt wird und zum Bruch der Formel 3:1:1 beitragen will. Sie spaltet die FDP-Wählerschaft bei den Staatsratswahlen, mobilisiert aber die Parteibasis, was den Radikalen bei den Grossratswahlen zum Vorteil gereichen kann.

Michel Carron

Der unverwüstliche Kämpfer gegen Vetterliwirtschaft und Missstände in der Walliser Justiz ist wieder im Wahlkampf dabei. Es war Michel Carron, der den WKB-Dorsaz-Skandal ins Rollen brachte, indem er Hans Wyer rechtzeitig auf Ungereimtheiten aufmerksam machte.

In den Wahlkämpfen vor vier Jahren und bei der Ersatzwahl vor knapp zwei Jahren überraschte Carron mit guten Resultaten im ersten Wahlgang. Er hat die Protest-Wählerschaft verschiedener politischer Tendenzen hinter sich, namentlich auch die bäuerlichen Kreise, die mangels einer SVP-Kandidatur für ihn stimmen werden. Carron ist wiederum ein gutes Resultat zuzutrauen.

Thomas Burgener

Die Fragen im Gesundheits- und Energiewesen gehören wohl zu den aktuellsten und gleichsam schwierigsten Dossiers, die auf dem Tisch der Regierung liegen. Bei der WEG konnte Burgener durch die Verpassung einer Finanzspritze den Gang zum Konkursrichter verhindern.

Die Reorganisation der Stromverteilung kommt nur schleppend voran.

Die Spitalreform scheiterte bisher an der sturen Haltung der Spitalverantwortlichen. Verständlich, dass sich die Spitaldirektoren über das Durchgreifen Burgeners bei der Verwaltung der Spitäler ärgern. Durch die Zusammenarbeit der Kliniken konnten im Bäderdorf die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Burgener brachte vor dem Grossen Rat die Kinderzulagen-Vorlage durch.

Der SP-Staatsrat hat seine Partei voll hinter sich. Der volksnahe Politiker wird im Oberwallis querbeet Stimmen holen. Allgemein traut man Burgener ein gutes Resultat im ersten Wahlgang zu.

■ Sie brüten still vor sich hin und stimmen brav mit der Mehrheit

■ Sie wollen keine wirkliche Kontrolle des Grossen Rates mehr

■ Sie bekämpfen soziale Vorlagen und höhere Kinderzulagen

■ Sie wollen nur halbherzig auf den harten Post-Abbau reagieren

Unglaublich, was sich die bürgerlichen Oberwalliser Grossräte in Sitten alles leisten!

OBERWALLIS (ra) **– Sie versprechen im Oberwallis das Heilige vom Himmel und tun in Sitten das Gegenteil. Ohne Ideen und ohne Courage brüten die meisten Abgeordneten von CVPO, CSPO und FDPO aus dem Oberwallis still vor sich hin und stimmen brav mit der Mehrheit – selbst gegen elementare Oberwalliser Interessen. Der schwarz-gelbe Grossrats-Block ist in den letzten Sessionen mehr und mehr zur dumpen Veranstaltung verkommen. Es herrscht das Schweigen der Lämmer. Die letzte Sessions-Woche in Crans-Montana lieferte gleich eine ganze Reihe krasser Beispiele, was sich die Oberwalliser alles leisten. Beobachter sind sich einig: Noch nie waren die bürgerlichen Oberwalliser Fraktion so schwach – und das will schon etwas heissen.**

■ Unglaublich I: Die «Helvetia»-Fraktion wollte auf die Kinderzulagen-Vorlage nicht einmal eintreten

Nach hartem Ringen in den parlamentarischen Kommissionen und hinter den Kulissen hat der Grosse Rat letzte Woche die fortschrittliche Kinderzulagen-Vorlage von SP-Staatsrat Thomas Burgener endgültig verabschiedet. Sie bringt der grossen Mehrheit der Arbeiternehmer- und Bauernfamilien mit mittleren und kleinen Einkommen 24 % mehr Kinderzulagen.

Die Oberwalliser Unternehmer-Vertreter im Grossen Rat wie CSPO-Fraktionschef Thomas Gsponer, CVPO-Fraktionschef Beat Zurschmitten, der Zermatter CVP-Hotelier Christoph Bürgin oder der Rarner CVPO-Bauunternehmer Xaver Theler bekämpften die soziale Vorlage mit allen Mitteln. Diese Grossverdiener wollen jetzt sogar das Referendum ergreifen.

Doch damit nicht genug: Auch die sogenannte «Helvetia»-Fraktion in der CVPO wechselte definitiv ins Lager der Unsozialen. Mit den beiden «Helvetia»-Versicherungsagenten, dem Natischer Andreas Schmid und dem Gommer Werner Lagger stimmten auch die Sitznachbaren Edith Nanzer-Hutter und Felix Ruppen sogar gegen Eintreten auf die Kinderzulagen-Vorlage. Das heisst: Sie wollten nicht einmal darüber diskutieren lassen und das Ganze beerdigen.

Dass ausgerechnet der Gommer Werner Lagger, in dessen Bezirk praktisch alle Arbeitnehmer- und Bauernfamilien profitieren, und Edith Nanzer-Hutter als Präsidentin der Arbeiter-Grossgemeinde Naters gegen höhere Kinderzulagen stimmten, hat selbst in der Unterwalliser CVP Kopfschütteln ausgelöst.

*CVPO-Grossrat **Werner Lagger:** Statt wenigstens für einmal die Gommer Interessen zu vertreten, stimmte er bei der Kinderzulagen-Vorlage – brav wie immer – wie es wohl sein Versicherungskonzern «Helvetia» wollte.*

*CVPO-Grossrätin **Edith Nanzer-Hutter:** Die Gemeindepräsidentin vergisst in Sitten mal für mal, dass die meisten Natischer Arbeitnehmer und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen sind.*

*CVPO-Grossrat **Felix Ruppen:** Der Präsident des Gewerbevereins Naters stimmt regelmässig mit den Rechten gegen alle sozialen Anliegen.*

■ Unglaublich II: Schwarze und Gelbe beerdigen ausgerechnet die Geschäftsprüfungskommission

Die grossrätliche Geschäftsprüfungskommission (GPK), anfangs der achtziger Jahre im Nachgang zum SAVRO-Skandals auf Vorschlag der damaligen PUK extra geschaffen, ist für den Staatsrat und die mächtige Verwaltung ein ständiges Ärgernis. Das ist auch richtig so: Die GPK hat nämlich den Auftrag, der Regierung auf die Finger zu schauen und Missstände in der Verwaltung aufzudecken und aufzuzeigen. Das passt nicht allen in ihren Kram.

Die GPK hat in den letzten vier Jahren anerkanntermassen sehr gute Arbeit geleistet. Vorab aktive GPK-Mitglieder wie Beat Jost (SPO), Bernhard Anthamatten (CVPO), Rico Meyer (CVPM), Alain Cattin (SPU) und Jean-Yves Clivaz (FDP) verfassten eine Vielzahl kritischer Berichte und griffen auch heisse Themen wie Leukerbad, Wirtschaftsförderung/GEWAG, Einkommen der Handelsregisterführer oder Steuerrabatte für Unternehmen vorbehaltlos auf. Selbst CSPO-Chef Thomas Gsponer lobte im Grossen Rat offen die «hervorragende Arbeit» der GPK.

Und trotzdem: Im Zuge der Parlamentsreform soll jetzt ausgerechnet diese mehr als notwendige GPK faktisch abgeschafft werden. So beschloss es eine Mehrheit des Grossen Rates in der letzten Session im Rahmen der Debatte über die Parlamentsreform. Die Geschäftsprüfung soll in Zukunft nebenbei von der Finanzkommission wahrgenommen werden. Das wird nie funktionieren. Die aufwendige Geschäftsprüfung ist so nicht möglich. Trotzdem stimmten die schwarzen, gelben und blauen Abgeordneten aus dem Oberwallis geschlossen für den Abbau der parlamentarischen Kontrolle. Dabei müsste gerade das Oberwallis alles Interesse daran haben, dass man den Herren in Sitten noch mehr auf die Finger schaut. Jetzt wird das Gegenteil passieren. Staatsrat und Chefbeamte lassen herzlich danken.

Apropos Aufsicht und Kontrolle: In der gleiche Session schaffte die gleiche Kommission die grossrätliche Kantonalbank-Kommission ab.

*CSPO-Fraktionschef **Thomas Gsponer:** Die GPK in hohen Tönen gelobt und ein paar Minuten später für deren faktische Abschaffung gestimmt. Niemand fährt den Salom so schön wie die Gelben.*

*FDPO-Grossrat **Ambros Ritz:** Auch die Oberwalliser schaufelten bei der GPK-Beerdigung mit. Kein Wunder: Im GPK- und PUK-Bericht zu Leukerbad bekam der Natischer Treuhänder Ritz zu Recht sein Fett ab.*

*CSPO-Grossrat **Norbert Brenner:** Der Steger Protegée von Staatsrat Wilhelm Schnyder sitzt in vielen staatlichen und halbstaatlichen Gremien. Durch Arbeit fällt er dort nicht auf. Deshalb stimmt er jetzt auch dankbar für die Abschaffung GPK und der WKB-Kommission.*

■ Unglaublich III: Selbst beim harten Post-Abbau reichte es nur zu einer oberschwachen Resolution

Viele Oberwalliserinnen und Oberwalliser sind äusserst besorgt über die Schliessung der Poststellen. Das zu Recht: Im Oberwallis sind 44 von 76 ein P-Poststellen akut von der Schliessung bedroht. Als einzige Partei hat die SPO zusammen mit dem Oberwalliser Gewerkschaftsbund (OGB) konkret reagiert: Im Oberwallis wurde schleunigst eine Petition lanciert und im Grossen Rat eine dringliche Standesinitiative hinterlegt. Die Standesinitiative ist das einzige Mittel, das Gewähr bietet, dass das brennende Problem in Bern auf den Tisch kommt.

Von allen guten Geistern verlassen, schickte die bürgerliche Grossrats-Mehrheit die ausformulierte Standes-Initiative der SPO-Fraktion bachbab. Unglaublich aber wahr: Von den Bürgerlichen unterstützten einzig CVPO-Grossrat Josef Escher und CSPO-Suppleant Pirmin Furrer den SPO-Vorschlag.

Stattdessen führten die bürgerlichen Parteien CVP, CSP und FDP geradezu einen peinlichen Eiertanz auf. Ihren markigen Worten wollten sie nur magere Taten mit einer unverbindlichen und mehr als dürftigen Resolution folgen lassen, welche von allen übrigen Fraktionen im Schnellverfahren ausgearbeitet wurde. Nachdem die Standesinitiative bachab geschickt wurde, blieb der SPO nicht anderes übrig, als die schwache Resolution wenigstens von den grössten Dummheiten zu bewahren.

Im Resolutions-Entwurf stand tatsächlich geschrieben, man sei nicht gegen eine Restrukturierung des Poststellennetzes. Diese offene Einladung zum Poststellen-Abbau wurde in letzter Minute auf Antrag der SPO gestrichen. Noch schlimmer: Im letzten Satz wollte man sogar vorschlagen, dass sich der Kanton analog zum öffentlichen Verkehr subsidiär ebenfalls finanziell an den ungedeckten Kosten der Poststellen beteiligen will. Eine offene Einladung an Bern, noch mehr Kosten auf die Rand- und Bergregionen abzuwälzen. Auf Antrag der SPO wurde wenigstens dieser Blödsinn herausgenommen.

Von der ohnehin oberschwachen Resolution blieb am Ende nicht mehr viel übrig. Die Post-Debatte zeigte, wie die bürgerliche Mehrheit im Wallis in sträflicher Weise die Interessen unserer Rand- und Bergregion vernachlässigt.

*CSPO-Grossrat **Fredy Huber:** Statt in der brennenden Post-Frage die richtigen Vorschläge zu unterstützen, schreibt der Fiescher Generalagent der «Basler-Versicherung» lieber Leserbriefe über gelbe und rote Bosse.*

*CSPO-Grossrat **Yvo Sarbach:** Trotz vehementen Votum hat der 70-jährige alt Posthalter aus St. Niklaus ebenfalls gegen die SPO-Standesinitiative gestimmt.*

*CVPO-Grossrat **Josef Escher:** Am Ende seiner Grossrats-Karriere hat der Simpeler Schwarze wenigstens Rückgrat bewiesen. Als einziger Vertreter der CVPO war er für die griffige Standesinitiative.*

Zur Verteidigung der millionenschweren Walliser Gebäudeversicherungs-Pfünde ist den Versicherungen kein Aufwand zuviel

Versicherungs-Lobby in Fraktionsstärke im Aufmarsch

Früher dominierten die Juristen und die Bauunternehmer den Grossen Rat. Jetzt ist eine neue Garde von reinen Interessenvertretern im Anmarsch, im Grossen Rat Pfründe und Privilegien zu verteidigen: Die Versicherungsagenten.

Schon bisher gut vertreten, werden sie in der neuen Legislatur aufgrund der hinterlegten Listen allein aus dem Oberwallis in Fraktionsstärke auftrumpfen. Ein Überblick ohne Anspruch auf Vollständigkeit über das Polit-Aufgebot der Versicherungskonzerne:

- **Werner Lagger von der «Helvetia» (Goms)**
- **Fredy Huber von der «Basler» (Goms)**
- **Louis Ursprung von der «Vaudoise» (Brig)**
- **Edwin Kuonen von der «Zürcher» (Brig)**
- **Christian Venetz von der «Helvetia» (Visp)**
- **Beat Imboden von der «Basler» (Raron)**
- **Hans Seeberger von der «Basler» (Raron)**

Hinzu kommt noch eine ganze Anzahl von Treuhändern, die nicht selten auch noch im Versicherungsgeschäft mitmischen.

Angesichts dieses Aufmarsches ist schon jetzt so sicher wie das Amen in der Kirche:

- Die millionenschwere Pfründe im Bereich der Gebäudeversicherungen, die im Wallis im Gegensatz zu den meisten anderen Schweizer Kantonen den Privatversicherungen überlassen werden, dürften auch die nächste Legislaturperiode überleben.
- Bisher sind alle Versuche der SP gescheitert, auch im Wallis eine öffentliche Gebäudeversicherung zu schaffen. Dabei ist durch mehrere Studien bewiesen, dass die öffentlichen Gebäudeversicherungen mit niedrigeren Prämien viel bessere Leistungen erbringen und vor allem eine maximale Deckung gewährleisten.
- Die Unwetterkatastrophe im vergangenen Oktober hat einmal mehr gezeigt, dass sich das Wallis mit den privaten Gebäudeversicherungen einerseits einen Riesen-Luxus und andererseits gravierende Deckungslücken leistet.

Kurzum: Wir subventionieren die ausserkantonalen Privatversicherungen mit schätzungsweise 40 Millionen Franken zu hohen Prämien und trotzdem sind im Schadenfall nicht alle Eigentümer und Schäden genügend versichert.

Die SPO-Fraktion hat das Problem in ihrer Unwetter-Motion in der November-Session nochmals auf den Tisch gebracht. Doch die omnipräsente Versicherungs-Lobby wird ihre Pfründe auch diesmal zu verteidigen wissen.

Bananenrepublik:

Wie lange noch duldet der Kanton das illegale Baudepot des Grafschafter Gemeindepräsidenten Elmar Diezig?

GRAFSCHAFT **– Vor zwei Jahren wurde bekannt, dass der Ritzinger Gemeindepräsident und Bauunternehmer Elmar Diezig für sein Baudepot am Rotten keine Bewilligung hat. Die Kantonale Baukommission verfügte darauf die Räumung des Depots. Diezig reichte dagegen Beschwerde beim Staatsrat ein, welche gutgeheissen wurde. Die CVP-Staatsräte Fournier und Rey-Bellet stellten sich schützend vor Diezig. Seither betreibt Diezig sein Baudepot frischfröhlich weiter, obwohl ihm die Baukommission auch den Betrieb ausdrücklich verboten hat.**

VON KURT MARTI

Wieso darf der Grafschafter Gemeindepräsident sein Baudepot «Ritzibriggä» weiter nutzen, obwohl er dafür keine Bewilligung hat, obwohl das Depot nicht zonenkonform ist, obwohl er die Umweltvorschriften nicht einhält und obwohl die Kantonale Baukommission (KBK) vor anderthalb Jahren die Räumung verfügt hat, und zwar unter Androhung einer Strafe von 50 000 Franken? Diese und weitere Fragen stellen sich viele kritische GommerInnen. Die Antwort ist einfach: Die CVP-Staatsräte Jean-René Fournier und Jean-Jacques Rey-Bellet, die CVPO und diverse überforderte Kantonsbeamten stützen Diezig den Rücken!

Fourniers Mann in Ritzingen

Diezig hat gegen die KBK-Verfügung vom Juni 1999, welche sein Freund und damalige Chefjurist Josef Zimmermann, zähneknirschend auf Druck der Öffentlichkeit gegen ihn aussprechen musste, sofort beim Staatsrat Beschwerde eingereicht. Laut René Minnig, Jurist bei der Staatskanzlei, behauptet Diezig, sein Baudepot sei nicht illegal. Er betreibe dieses schon viele Jahre und damals habe es noch keine Bewilligung gebraucht. Bereits im Oktober 1998 jedoch hat der Kanton Diezig «dringend» aufgefordert, nachträglich ein ordentliches Baugesuch einzureichen. Laut Auskunft von KBK-Sekretär Bruno Eyer ist Diezig dieser Aufforderung bis heute nicht nachgekommen.

Überraschend wurde Diezigs Beschwerde vom Staatsrat im Herbst 1999 gutgeheissen. Aufgrund der klaren Sachlage gab es dazu keine Veranlassung. Offenbar wollte Staatsrat Fournier seinen Mann in Ritzingen nicht vor den Gemeinderatswahlen in arge Nöte bringen und damit sein Projekt der Gemeindefusion von Ritzingen, Biel und Selkingen zur neuen Gemeinde Grafschaft gefährden. Beauftragt mit der Gemeindefusion war CVPO-Mann Jules Aufdereggen, der als KBK-Mitglied und Raumplaner der Gemeinde Ritzingen ins Sachen Dibau-Depot eine zentrale Rolle spielt. Die für den Fall zuständigen Dienststellen liegen in den Departementen von Staatsrat Fournier (Dienststelle für Raumplanung, Dienststelle für innere Angelegenheiten) und von Staatsrat Rey-Bellet (Verwaltungs- und Rechtsdienst, Kantonale Baukommission).

Der Öltank liegt auf dem Naturschutzgebiet von kantonaler Bedeutung. Raumplaner Jules Aufdereggen rechnet mit einer Schutzzone von 10 – 15 Meter Abstand vom Rotten. Diese Abstände sind beim Dibau-Depot in Ritzingen bei weitem nicht erfüllt. Bei einem Unwetter würde der Tank und die Kühltruhe fortgeschwemmt. Ein Baudepot hat in dieser hochwassergefährdeten Zone nichts zu suchen. Zudem verläuft die Langlaufloipe mitten durch das Baudepot.

Oben: Staatsrat Jean-René Fournier in der Grafschaft zu Besuch.

Unten: Die Gommer Langlaufloipe führt mitten durchs illegale Baudepot der Firma Dibau, des Grafschafter CVP-Gemeindepräsidenten Elmar Diezig.

Benützungsverbot ignoriert

Auf Anfrage erklärt KBK-Sekretär Bruno Eyer: «Das Beschwerdeverfahren ist hängig, das heisst sistiert, weil das Verfahren der Umzonung noch läuft. Das Dossier liegt bei der Staatskanzlei.» Wie Zeugen mehrfach bestätigen, nutzt Diezig das Baudepot weiterhin. Auf die Frage, ob Diezig das Baudepot weiter benutzen darf, will KBK-Sekretär Eyer zunächst nichts wissen. «Fragen Sie René Minnig, den zuständigen Jurist bei der Staatskanzlei.»

Minnig weiss etwas mehr: «Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. Das bedeutet zunächst, dass Diezig das Baudepot nicht räumen muss, bis ein rechtskräftiger Entscheid da ist.» Aber gilt während dieser Zeit auch ein Benützungsverbot? Dazu Minnig: «Ich würde sagen auf der Grundlage des Art. 51 Abs 1 des kantonalen Baugesetzes ist eine Benützung zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.» Dort steht nämlich, die Kantonale Baukommission «kann ein Benützungsverbot für widerrechtlich erstellte Bauten und Anlagen erlassen.» Minnig verweist auf die «kann»-Formulierung. Die KBK sei also nicht gezwungen, ein Benützungsverbot zu erlassen. «Ob ein Benützungsverbot erlassen wurde, weiss ich nicht. Da müssen Sie KBK-Sekretär Eyer fragen.»

Ping-Pong mit dem Journalisten

Diesmal rückt Eyer mit der Sprache heraus: «In der Verfügung der KBK gegen Bauunternehmer Elmar Diezig steht ganz klar ein Benützungsverbot.» Und Eyer fügt etwas genervt hinzu: «Wieso hat das Ihnen nicht Herr Minnig schon gesagt. Der hat doch die Verfügung auch?» Noch besser allerdings wäre die Frage gewesen, wieso nicht Eyer direkt mit der richtige Antwort herausrückte. Denn als KBK-Sekretär hat er die Verfügung gegen Diezig schliesslich bearbeitet und verschickt. Das Ping-Pong-Spiel mit den BürgerInnen hat man in der Sittener Verwaltung bis zur Unerträglichkeit verfeinert.

Eyer will «jetzt sofort mit Diezig Kontakt aufnehmen» und von ihm eine «Bestätigung, ob das Baudepot genutzt wird oder nicht genutzt wird.» Dann werde er den Fall an die Staatskanzlei weiterleiten. Dort schlummert das Dossier unter den Fittichen von Staatskanzler Henri von Roten gemütlich dahin. Kanzleijurist Minnig: «Wir müssen uns demnächst damit befassen…»

Volle Protektion der CVPO

Mit der Annahme der Beschwerde haben sich vor allem die Staatsräte Fournier und Rey-Bellet und deren federführende Dienststellen hinter Diezig gestellt. Ermutigt durch die positiven Signale aus Sitten, betreibt Diezig das Baudepot weiterhin widerrechtlich als wäre nichts gewesen. Seit Juni 1999, also mehr als anderthalb Jahre geniesst er nun den Flankenschutz des Kantons. Niemand kümmert sich um die Durchsetzung der Nichtbenutzung. Stattdessen pilgert Staatsrat Fournier in die Grafschaft und breitet Diezig den Teppich zu dessen sicheren Wiederwahl aus. Ebenfalls im Grossen Rat geniesst Diezig die Protektion der Schwarzen: Unter der Führung von CVP-Staatsrat Fournier, CVPO-Präsident Beat Zurschmitten und dem Gommer CVPO-Grossrat Werner Lagger wurde im Interesse von Parteikollege Diezig das Majorzsystem für die Gemeinderatswahlen durchgeboxt. Damit hätte Diezig weiterhin mit einer komfortablen Mehrheit weiterwursten können. Mit einer Unterschriftensammlung gelangt es der Grafschafter Opposition, den Proporz trotzdem einzuführen und sie errang zwei von fünf Sitzen.

Unzulässige Kopplung mit der Raumplanung

Laut Eyer ist das Beschwerdeverfahren noch immer hängig, weil ebenfalls das Umnutzungsverfahren für des Depot-Areal in Ritzingen noch laufe. Das Dibau-Depot liegt in der Zone für «Öffentliche Bauten und Anlagen». Der entsprechende Zonenplan von Ritzingen wurde 1998 öffentlich aufgelegt und anschliessend vom Kanton gutgeheissen. Doch dann hat Diezig und sein Raumplaner Jules Aufdereggen gemerkt, dass in einer solchen Zone kein Baudepot möglich ist und das Baudepot in eine Gewerbezone eingezont. Dieser Zonenplanänderung hat die Ritzinger Urversammlung im September 1999 zugestimmt. Mit diesem raumplanerischen Trick soll nun offenbar der illegale Zustand nachträglich legalisiert werden. An der illegalen Tatsache ändert das allerdings nichts. Mit dieser fadenscheinigen Kopplung des Beschwerdeverfahrens an das Umzonungsverfahrens kommt der Staatsrat dem Bauunternehmer und CVP-Gemeindepräsidenten Diezig erneut weit entgegen. Bei soviel staatsrätlicher Nachsicht ist das Verhalten von Diezig kein Wunder!

Gesalzene Rechnung für Diezig: Mehr als 12 000 Franken Miete

- **Das Baudepot liegt auf Burgerboden. Doch für dessen Nutzung besteht laut Auskunft des bisherigen Burgerpräsidenten kein Vertrag. Für die ausstehenden Mieten der Jahre 1995 bis 2000 erhält Diezig nun eine gesalzene Rechnung von mehr als 12 000 Franken.**
- **In der ersten Burgerversammlung Mitte Januar versuchte der neue Burgerpräsident Beat Walther, ein Gefolgsmann von Diezig, rasch einen Vertrag mit Diezig abzuschliessen. Die Opposition machte ihm einen Strich durch die Rechnung und verlangte einen Urversammlungsbeschluss.**

Beschwerde nicht vor den Gemeinderat

(ktm) – Für die Schatzung der enteigneten Grundstücke beim Lawinendamm Biel/Selkingen wurde vom Kanton eine Kommission eingesetzt. Diese legte einen Einheitspreis von 5 Franken pro m² fest. Weil dieser Einheitspreis auf die unterschiedlichen Lage der Grundstücke keine Rücksicht nimmt, wurde dagegen eingesprochen. Die zweite Schatzungskommission legte dann für den besser gelegenen Boden einen Preis von 7 Franken fest. Gegen diesen Entscheid reichte die Gemeinde Grafschaft eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Kantonsgericht ein. Unterschrieben ist die siebenseitige Beschwerdeschrift durch Gemeindepräsident Elmar Diezig und seine Gemeindeschreiberin. **Pikantes Detail:** Die Beschwerde wurde ohne Wissen der übrigen Gemeinderäte eingereicht. An der ersten Gemeinderatssitzung Ende Januar wurde Diezig von der Opposition zur Rede gestellt. Diezig antwortete, er hätte die Frist einhalten müssen…

Klärschlamm-Affäre Geschinen

Kantonsbeamte halten fest: Es gab auch keine mündliche Bewilligung!

BRIG/GESCHINEN – **Für die Klärschlammverwertung neben dem Lawinendamm von Geschinen gab es weder eine schriftliche noch eine mündliche Bewilligung des Kantons. Dies hält Jean-Pierre Schnydrig, der Chef der kantonalen Dienststelle für Umweltschutz (DUS) fest. Schwarz auf weiss nachzulesen in den Protokollen der Kantonspolizei zuhanden des Untersuchungsrichteramtes Oberwallis. Anwalt und Alt-CVPO-Sekretär Urban Carlen steht im Offside.**

VON KURT MARTI

«Was nun die mündliche Bewilligung betrifft, muss ich das entschieden verneinen», antwortete DUS-Chef Jean-Pierre Schnydrig auf die Frage der Kantonspolizei, ob er oder einer seiner Mitarbeiter dem Gommer ARA-Chef Ernst Imhasly oder dem Bauunternehmer Hans-Ueli Weger eine mündliche Bewilligung erteilt habe. So steht es in den Einvernahmeprotokollen der Kantonspolizei zuhanden des Untersuchungsrichters Marzel Ritz.

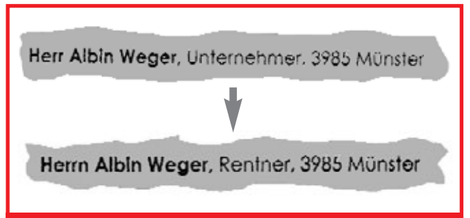
Urban Carlen: Gängige Praxis!

Mit dieser klaren Stellungnahme des Kantonsbeamten läuft Alt-CVPO-Sekretär Urban Carlen bereits zum zweiten Mal ins Leere. Im Auftrag der «Albin Weger Söhne AG» hat er den RA-Redaktor Kurt Marti wegen Ehrverletzung eingeklagt. Vor der Friedensrichterin von Brig-Glis behauptete Carlen, die Firma «Albin Weger Söhne AG» habe eine Bewilligung des Kantons zur Klärschlammverwertung in Geschinen. Dabei musste Carlen einen von DUS-Chef Schnydrig unterzeichneten Brief zur Kenntnis nehmen, worin klipp und klar stand: «Der Klärschlamm wurde ohne Bewilligung auf dem Lawinenschutzdamm zwischengelagert.» Doch Carlen gab sich nicht geschlagen und hinterlegte Strafklage beim Untersuchungsrichteramt Oberwallis. Darin stellt er sich auf den Standpunkt, die ARA Fiesch und die «Albin Weger Söhne AG» hätten, wenn schon keine schriftliche, dann doch «eine mündliche Bewilligung» des Kantons gehabt. Und er doppelte gleich nach: «Ein solches Vorgehen ist nichts Spezielles, nein vielmehr gängige Praxis.» (!!)

ARA-Chef Imhasly: Seit 20 Jahren so

Und so spielte sich die Sache ab: Die Kantonsbeamten hatten dem ARA-Chef Imhasly auf Anfrage hin mündlich signalisiert, dass es möglich sei, Klärschlamm zur Rekultivierung neben dem Damm in Geschinen zu verwenden. Dies hat Imhasly flugs als «mündliche Bewilligung» aufgefasst und diese «mündliche Bewilligung» an Bauunternehmer Hans-Ueli Weger ebenfalls mündlich weitergeben. Und damit war die Klärschlammzwischenlagerung und -verwertung für die Gommer Klärschlammprofis «bewilligt» und wurde auch ausgeführt bzw. begonnen, ohne ein detailliertes Gesuch, ohne eine schriftliche Bewilligung des Kantons und ohne dass die Vorschriften eingehalten wurden. Hierzu ARA-Chef Imhasly im Polizeiprotokoll: «Das System wie wir es in Geschinen machten, tat man schon seit 20 Jahren.» Das ist vollkommen richtig, nur hatte die ARA Goms dafür nicht eine einzige Bewilligung des Kantons. Zur Zeit läuft vielmehr ein Strafverfahren wegen illegaler Ablagerung von Klärschlamm in Lax. Diese «gängige Praxis» (Aussage Carlen) konnte die Dienststelle für Umweltschutz auf keinen Fall tolerieren, um nicht der Rechtsverwilderung in Zukunft Tür und Tor zu öffnen.

Fazit: Zum Zeitpunkt der Klärschlammablagerung hatte die «Albin Weger Söhne AG» weder eine mündliche noch eine schriftliche Bewilligung, also war ihr Vorgehen rechtswidrig. Wer sich rechtswidrig verhält, dessen Ehre ist in der Tat verletzt. Nur ist dafür nicht die «Rote Anneliese» verantwortlich, sondern die Firma «Albin Weger Söhne AG» selbst!



In Carlens Schriften wird Albin Weger plötzlich vom Unternehmer zum Rentner…

Carlens dritter Patzer

Aber Carlen, Büropartner der Briger Stadtpräsidentin Viola Amherd, gibt sich immer noch nicht geschlagen. Hauptsache das Verfahren geht weiter. Deshalb machte sich Carlen auf die Suche nach weiteren Anklagepunkten und wurde auf einem Nebengeleise fündig: Vater Albin Weger ist seit 1998 nicht mehr im Verwaltungsrat und hat in der Zwischenzeit offenbar auch seine Aktien an seine beiden Söhne Hans-Ueli (Verwaltungsratspräsident) und Philipp (Aktuar) abgegeben. Weil die «Rote Anneliese» auch Albin Weger mit der Klärschlamm-Affäre in Verbindung gebracht hat, sei dessen Ehre verletzt, weil er «mit der ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu tun hat.» Albin Weger sei Rentner und nicht mehr Unternehmer. Diese Behauptung stimmt und die «Rote Anneliese» hat fälschlicherweise angenommen, Albin Weger sei immer noch mit der Firma «Albin Weger Söhne AG» verbunden, weil sein Name auch nach der Firmenübergabe im Firmennamen drin ist. Wenn nun Albin Weger das Gefühl hat, seine Ehre sei verletzt worden, hat er sich dies im Grunde selber eingebrockt. Denn es ist keineswegs notwendig, seinen Namen explizit zu nennen, weil schon die Erwähnung des Firmennamens «Albin Weger Söhne AG» ihn in den Augen der LeserInnen mit der Firma in Verbindung bringt. Dafür kann aber die «Rote Anneliese» nichts. Wenn Albin Weger wirklich nichts mehr mit der Firma zu tun haben will, dann raten wir schleunigst zu einem Wechsel des Firmennamens.

Pikantes Detail: Was Carlen der «Roten Anneliese» vorwirft, hat er zuerst selbst angenommen. In der von Carlen unterzeichneten Einladung vor die Friedensrichterin vom 23. Mai 2000 *(siehe Kopie)*, steht hinter dem Namen Albin Weger die Berufsbezeichnung «Unternehmer». In der Strafklage vom 20. Juli 2000 wurde dann aus dem «Unternehmer» plötzlich ein «Rentner». Was er (als Wegers Anwalt!) selbst fälschlicherweise angenommen hatte, bläst Carlen in der Strafanzeige seitenlang auf und wirft es der «Roten Anneliese» vor. Und was noch penibler ist: Bei der Kantonspolizei traf er auf einen weiteren treuen CVP-Gehilfen *(siehe Kasten Seite 8)*.

Der haarsträubende Bericht des Kriminalinspektors Marcel Burgener

(ktm) – Polizei-Inspektor Marcel Burgener befragte im Auftrag des Untersuchungsrichteramtes Oberwallis den Bauunternehmer H. U. Weger, den ARA-Chef Imhasly, den Bauingenieur Walther, die Kantonsbeamten Schnydrig und Imesch und den RA-Redaktor Marti. Aufgrund der Einvernahme-Protokolle schrieb Kriminalinspektor und CVP-Freund Burgener einen haarsträubenden Bericht, der ein miserables Bild auf die polizeiliche Untersuchungsbehörde wirft.

- **Aussagen ins Gegenteil verkehrt:** Die Aussagen des DUS-Chefs Jean-Pierre Schnydrig werden glatt ins Gegenteil verkehrt. Schnydrig und Umweltinspektor Adolf Imesch hatten klar zu Protokoll gegeben, dass sie keine mündliche Bewilligung gegeben haben. Diese entscheidenden Aussagen erwähnt Burgener mit keinem Wort und unterstützt ungeniert die Behauptung von ARA-Chef Imhasly und Bauunternehmer H. U. Weger sowie Anwalt Carlen, eine mündliche Bewilligung sei erteilt worden.
- **Klägerposition kritiklos übernommen:** Burgener übernimmt die Argumentation der Strafanzeige von Urban Carlen streckenweise wortwörtlich. Zum Beispiel behauptet Carlen, Philipp Weger habe «mit dieser Angelegenheit überhaupt nichts zu tun», weil er für den Garagenbetrieb zuständig sei und sein Bruder Hans-Ueli Weger für die Bauunternehmung. Bei Burgener heisst es fast wortgleich «mit dieser Angelegenheit nichts zu tun.» Ein Blick ins Obligationenrecht (Art. 716a, Abs 1, Ziff 5) hätte genügt, um festzustellen, dass die Mitglieder des Verwaltungsrates «die Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen» haben, unter anderem «im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze.»
- **Wesentliche Fakten weggelassen:** Die Aussagen des RA-Redaktors Kurt Marti werden im Untersuchungsbericht mit keinem einzigen Wort erwähnt, insbesondere die diversen Vergehen gegen die Umweltvorschriften *(siehe Kasten Seite 9)*.
- **Unzulässige Vorverurteilung:** Kantonspolizist Burgener stellt im Untersuchungsbericht fest, Albin Weger und Philipp Weger seien «im Artikel von Kurt Marti miteinbezogen und ehrverletzend erwähnt.» Mit dieser unzulässigen Vorverurteilung überschreitet der Kantonspolizist Burgener ganz klar seinen Auftrag. Er ist Polizist und nicht Richter!

Polizei-Inspektor Marcel Burgener hat die Aussagen von Umwelt-Chef Schnydrig ins Gegenteil verkehrt.

Die Fakten auf einen Blick:

1. Der Klärschlamm wurde ohne schriftliche und ohne mündliche Bewilligung des Kantons auf dem Baudepot der «Albin Weger Söhne AG» zwischengelagert. Die Vorschriften des Gewässerschutzes wurden nicht eingehalten.

2. Rund 270 Tonnen Klärschlamm wurden neben dem Damm gelagert. Auch dafür gab es zum Zeitpunkt der Veröffentlichung in der «Roten Anneliese» weder eine schriftliche noch eine mündliche Bewilligung des Kantons.

3. 30 Tonnen des Klärschlammes wurden nach der Veröffentlichung des RA-Artikels mit dem Rauppentrax kurzerhand überdeckt. Im Herbst wurde dieser Klärschlamm samt Humus wieder ans Tageslicht gehoben.

4. Eine Camionladung Klärschlamm wurde auf den Damm gekippt. Eine solche Endlagerung ist gemäss Technischer Verordnung über Abfälle (TVA) streng verboten ist.

5. Mit dem Klärschlamm gelangten weitere Abfälle aus dem Baudepot der «Albin Weger Söhne AG» auf den Damm. Diese Abfälle tauschte Weger gegen sauberes Material vom Flugplatz ein.

6. Eisen und Beton der Bachbrücke von Münster (Kantonsstrasse) wurden im Damm versenkt, obwohl die Baufirma «Albin Weger Söhne AG» für die gesetzlich vorgeschriebene, ordentliche Entsorgung bezahlt wird.

7. Im letzten Sommer verbrannte die «Albin Weger Söhne AG» regelmässig ihre Bauabfälle in einem zu diesem Zweck umfunktionierten Öltank. Dies ist verboten.

8. Auf dem Baudepot lagerte Garagist Philipp Weger Autovracks und ölverschmierte Metallteile, was bewilligungspflichtig ist.

9. Die Grasbüschel auf dem kultivierten Land in Geschinen lassen vermuten, dass der Klärschlamm unzureichend gemischt wurde. Dazu Ingenieur Stefan Walther: «Wir haben nicht jedes Gramm gewogen».

10. Der Damm zeigt bereits deutliche Errosionen. Auf die Frage, ob keine Verdichtungsmaschinen im Einsatz waren, antwortet Ingenieur Stefan Walther: «Dazu äussere ich mich nicht.» Mit der Frühlingswärme kommt die Stunde der Wahrheit.

Die kantonale Jagdabteilung des Narcisse Seppey ist ein einziges Sumpfgebiet

Statt endlich aufzuräumen, deckt Staatsrat Fournier seine selbstherrlichen Jagd-Böcke

Selbst Pro-Seppey-Kommission musste Helmut Kiechler 10 x Recht geben!

WALLIS/GOMS – **Mit einer unglaublichen Hartnäckigkeit hat der Gommer Helmut Kiechler als Diana-Präsident und Jäger jahrelang die Zustände und Machenschaften in der kantonalen Jagdabteilung des selbstherrlichen Narcisse Seppey kritisisiert und öffentlich angeprangert. Kiechler wurde deswegen beschimpft und verleumdet, durch den Dreck gezogen, mit Unrecht eingedeckt. Der Jäger wurde zum Gejagten. Doch jetzt wird im klarer: Kiechlers Kritik war richtig und berechtigt. Ein interner, 31-seitiger Untersuchungsbericht aus dem Jahre 1999 – bisher mehr oder minder unter Verschluss gehalten – belegt es schwarz auf weiss. Selbst die Untersuchungskommission bestehend aus den Herren Urban Carlen, Aldo Resenterra und Stephane Rossini, die den mächtigen Jagdchef Seppey augenfällig mit Samthandschuhen anfassten, wo es nur nur ging, musste Helmut Kiechler mindestens 10 x Recht geben.**

Helmut Kiechler: *Jahrelang beschimpft und verleumdet, gibt es jetzt späte Genugtuung für den Gommer Jagdfachmann. Wo er Recht hatte, hatte er Recht.*

Narcisse Seppey: *Der allmächtige Chef der kantonalen Jagdabteilung führt seine Dienststelle inkompetent und willkürlich. Wie lange darf er weiter Böcke schiessen?*

Staatsrat Jean-René Fournier: *Statt endlich für Recht und Ordnung zu sorgen, verteilt er lieber von oben herab Persilscheine an seine Jagd-Gesellen.*

VON BEAT JOST, GROSSRAT

Der Bericht liefert Seite für Seite spannende Jagdszenen aus dem Sumpfgebiet der kantonalen Jagdabteilung, wie die nachstehenden Auszüge belegen. Trotzdem spielte der zuständige Staatsrat Jean-René Fournier noch in der letzten Grossrats-Session auf Fragen des SPO-Abgeordneten Leander Stoffel die Probleme herunter und verteilte an seine Leute unbedarft Persilscheine. Statt endlich durchzugreifen und aufzuräumen, deckt der Staatsrat mehr oder minder die allmächtigen Seppey und Co.

Nachrichten

10 4. Februar 2001

Angeschossene Walliser Jäger

Vetternwirtschaft und Halali auf geschützte Tiere: In der Jagdabteilung herrscht weit gehend Willkür

VON HUBERT MOOSER

SITTEN/BERN • Die Posse um den angeblichen Luchsangriff auf einen Touristen ist bezeichnend für die Missstände in der Walliser Jagdabteilung. Kritiker werden abgestraft. Günstlinge bedient. Wildtiere hinterlistig, Luchsabschüsse skrupellos. Ein interner Untersuchungsbericht deckt Ungereimtheiten im Amt auf.

Früher funktionierte die Walliser Jagdforme wie eine Schiro. Kritik an der Obrigkeit drang selten nach draussen. Erst seit der Obergommer Tierpräparator und Jäger Helmut Kiechler die kantonale Jagdabteilung öffentlich herunterputzte und die Missstände angeprangert, ist der Damm gebrochen. «Die Walliser Jagdabteilung ist ein Sumpf», sagt er. Die Regierung liess deshalb Kiechlers Vorwürfe von einer internen Kommission untersuchen. Das Resultat ist eine bittere Pille für den Jagdchef und seinen langjährigen Chef Narcisse Seppey.

Im Untersuchungsbericht, welcher der SONNTAGSZEITUNG vorliegt, werden Kiechlers Vorwürfe zwar als nicht angemessen bewertet. Trotzdem lässt die Kommission selber Missstände zu. Zum Thema Luchs beispielsweise: «Bei illegalen Luchsabschüssen soll es der Jagdverwaltung mit der Strafverfolgung nicht ernst sein. Dem Luchs wurde nicht die gesetzlich gebührende Aufmerksamkeit geschenkt.» Jagdverwalter, Wildhüter, Jungjägerausbilder und Jäger

So berichtete die Sonntags-Zeitung am 4. Februar 2001.

VALAIS • En 1999, trois experts désignés par le Conseil d'Etat se penchaient sur le fonctionnement du service cantonal dirigé par l'intraitable Narcisse Seppey

• Formation insuffisante des inspecteurs, complaisance face aux braconniers, mensonge: les conclusions de leur enquête sont dévastatrices

Une commission d'enquête harponne le Service valaisan de la chasse

Sylvain Besson

La polémique qui entoure les méthodes contestées du Service cantonal valaisan de la chasse connaissait un nouveau rebondissement hier. Dimanche dernier, l'hebdomadaire alémanique Sonntags-Zeitung révélait l'existence d'un rapport administratif consacré au fonctionnement de ce service. Ce document, daté de 1999, donne Le Temps à tout coup, apporte sur plusieurs points les arguments adversaires de longue date à Narcisse Seppey, notamment de la part des organisations écologistes. Sa sécheresse est d'autant plus remarquable que ses rédacteurs, l'actuel conseiller national Stephane Rossini (pcv.), l'avocat Urban Carlen, et le président des chasseurs valaisans Philippe Rescanzi, sont eux-mêmes chasseurs.

Dans certains domaines, les auteurs s'inquiètent

So berichtete die welsche Zeitung Le Temps am 9. Februar 2001.

Das lange Sündenregister: willkürlich, ungesetzlich, inkompetent, undurchsichtig, ungerecht!

Die besondere Untersuchungskommission Carlen, Resenterra und Rossini listete in ihrem Bericht eine langes Sündenregister zur Arbeit des kantonalen Jagdabteilung auf. Allein die jeweiligen kurzen Zusammenfassungen sagen genug. Ein paar Müsterchen im Original-Ton:

- ***«Die Besetzung der administrativen Jagdverwaltung des Kantons Wallis ist nicht katastrophal, jedoch nicht ausgewogen. Wissenschaftliche Kriterien wurden bei Anstellungen bis 1998 zu wenig gewichtet.»***
- ***«Wildhüter werden im Wallis, wie in anderen Kantonen, aus allen Berufsgattungen rekrutiert, was nicht zu beanstanden ist. Die Aus- und Weiterbildung ist aber ungenügend.»***
- ***«Die Behauptung Kiechlers, alle Bejagungsmodelle seien verschlechtert worden, trifft nicht zu. Die Ansichten zum «richtigen» Bejagungsmodell sind aber kontrovers, so auch innerhalb der Untersuchungskommission. Nach Ansicht der Kommission sollen die Bejagungsmodelle unter Berücksichtigung und Abwägung der kontroversen Standpunkte, unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und im Rahmen der bestehenden, demokratischen Strukturen ständig überprüft und angepasst werden.»***
- ***«Die Wolfsjagd im Val Ferret war nicht illegal. Der Kanton und die Jagdabteilung waren aber auf die Ankunft des Wolfes nicht vorbereitet und hatten keine Strategie zum Umgang mit diesem Tier und dem Wolf im allgemeinen».***
- ***«Festzuhalten ist zusammenfassend, dass die Jagdabteilung dem Luchs mit Ablehnung und Skepsis begegnet ist und dass dem Schutz des Luchses nicht die gesetzlich geforderte Aufmerksamkeit geschenkt wurde.»***
- ***«Unter dem Gesichtspunkt des rechtstaatlichen Handelns der gesamten Verwaltung muss festgehalten werden, dass dem Beschluss des Staatsrates vom 1. Oktober 1986 und damit der Dispensierung von Polizeiagenten von der Jägerprüfung die genügende gesetzliche Basis fehlte. Obwohl der Beschluss vom Staatsrat gefällt wurde, ist die Jagdabteilung als initiierende und vorbereitende Verwaltungsinstanz für das im Widerspruch zum übergeordneten Recht stehende Vorgehen mitverwantwortlich.»***
- ***«Nach Ansicht der Kommission besteht der wunde Punkt bei der von Helmut Kiechler aufgeworfenen Problematik darin, dass die derzeitige Praxis beim Verkauf von Steinwild- (und anderen) Abschüssen nicht durchschaubar ist. Dieses Geheimregelung führt zu Gerüchten sowie zu berechtigten und unberechtigten Vorwürfen.»***
- ***«Nach Ansicht der Kommission besteht auch bei den Hegeabschüssen und Spezialbewilligungen der wunde Punkt darin, dass eine transparente Regelung dieser Sachverhalte fehlt, eine Kontrolle der erteilten Bewilligungen und getätigten Abschüsse nicht möglich ist und das Ermessen der Verwaltung sehr gross ist.»***
- ***«Die unbefriedigende Situation jedenfalls wurde auf beiden Seiten durch das Fehlen der Fähigkeit, gegenseitige Standpunkte in einem fairen Dialog zu bereinigen, verursacht, sowie durch die mangelhafte Koordination zwischen Forst- und Jagddienst.»***
- ***«Die Behauptung im WB vom 30. Oktober 1996*** *(von Narcisse Seppey, die Red.)*, ***keine Spaziergänger hätten der Jagdabteilung mitgeteilt, sie seien gefährdet worden, ist falsch. Ebenso ist die Behauptung falsch, der von Hans Herzog angezeigte Fall sei genau gemäss geltender Gesetzgebung abgewickelt worden.»***
- ***«Die Kommission teilt die Ansicht, dass die Produktion des Films ein Flop und finanzielles Fiasko war. Es wurden aber von verschiedenen Seiten Fehler begangen und in erster Linie auch nicht von der Jagdabteilung, sondern vom kantonalen Jägerverband.»***
- ***«Die Kommission kommt in diesem Punkt zum Schluss, dass bei der Untersuchung, Anzeige und Beurteilung von Jagdvergehen und -übertretungen keine einheitliche Praxis herrscht, weder auf der Ebene der Jagdabteilung noch auf Gerichtsebene.»***

Happig, happig: Wo Helmut Kiechler überall richtig lag

In den Schlussfolgerungen ihres Berichtes kam die Kommission nicht darum herum, ausdrücklich aufzulisten, wo der Gommer Helmut Kiechler über all Recht hatte und richtig lag. Die Liste liest sich wie eine einzige Skandalchronik, die mehr als eine PUK rechtfertigen würde. Zitat:

- keine ausgewogene und wissenschaftliche Kriterien berücksichtigende Besetzung der administrativen Jagverwaltung;
- Mängel bei Aus- und Weiterbildung der Jagdverantwortlichen;
- Passivität bei Luchsdelikten;
- keine Vorbereitung von Behörden und Volk auf die Ankunft von Luchs und Wolf;
- mangelnde Wahrnehmung der Aufsichtspflicht bei Jungjägerausbildung;
- nicht gesetzeskonformes Handeln bei der Abgabe von Patenten an Polizeiagenten;
- keine Transparenz bei Steinwildbejagung, Hegeabschüssen und Spezialbewilligungen und zu grosses Ermessen der Jagdabteilung;
- teilweise mangelnder Dialog mit Oberwalliser Jagdbeteiligten;
- Falschinformation (allerdings nicht schwerwiegende) in der Presse
- keine einheitliche Untersuchungs- und Strafenpraxis bei Jagdvergehen und -übertretungen.

Im Oberwallis gibt es zu viele Anwälte und Notare
Einige zieht es zum Staat, andere lockt es in die Fremde

Wie es dem Steger Anwalt Philipp Schnyder an der Grenze von und zu Liechtenstein erging

STEG/BUCHS **– Die Heimpartei von CSP-Staatsrat Wilhelm Schnyder verlor bei den Gemeinderatswahlen einen Sitz an die CVP und damit nach 16 Jahren die Mehrheit im Gemeinderat. Die bisherigen CSP-Gemeinderäte Moritz Steiner und Philipp Schnyder traten nicht mehr an. Schnyder war bloss vier Jahre im Amt und begründete seinen Rücktritt mit seiner «beruflichen Umorientierung»: Nach sechs Jahren Anwaltstätigkeit im Dienste des Finanzplatzes Liechtenstein hatte er genug und wechselte zum Appenzeller Finanzdepartement.**

VON KURT MARTI

«Im Oberwallis gibt es zu viele Anwälte und Notare. Zudem sind die Verschreibungen stark zurückgegangen», sagt Anwalt und Notar Philipp Schnyder aus Steg, der seit kurzem beim Appenzeller Finanzdepartement arbeitet. Die Konkurrenz unter den Anwälten im Oberwallis sei enorm. «Beispielsweise in Steg arbeiten innerhalb von 150 Meter vier Anwälte und Notare.» Die Liste der Anwälte, welche es an die Futterkrippe von Bund, Kanton und Gemeinden zieht ist lang. Schnyder nennt nur einige: Erwin Leiggener, Martin Kuonen, Niklaus Stoffel, Eduard Brogli, Martin Zurwerra, René Minnig etc.

Ehrenwerte Kreise in Liechtenstein

Ebenfalls Schnyder hielt anfangs der 90er Jahre Ausschau nach einem anständigen Zusatzverdienst zu seiner bisherigen Anwaltstätigkeit in Steg. 1994 erschien in der NZZ ein Inserat des einflussreichen Liechtensteiner Anwalts Markus Wanger, der auf der anderen Seite des Rheins im St.Gallischen Buchs ein Anwaltsbüro eröffnen wollte und dafür einen Mitarbeiter suchte. Schnyder meldete sich und erhielt die Stelle. Von da an arbeitete er drei Tage im Anwaltsbüro «Wanger&Schnyder» in Buchs und zwei Tage in seinem bisherigen Büro in Steg.

An der Grenze von und zu Liechtenstein entwickelte Schnyder eine rege Tätigkeit im Bereich des Finanz-, Investitions- und Immobiliengeschäftes. Dabei konnte er auf seinen Büropartner Wanger zählen, der beste Beziehungen zum Finanzplatz Liechtenstein und zum Fürstenhaus pflegt. Dessen «Wanger Group» hat ihren Stammsitz in Liechtenstein. «Einem für viele Kapitalanleger und Geschäftsleute attraktiven Finanzplatz», wie Wanger seine Kunden übers Internet anlockt. Die «Wanger Group» hat Vertretungen in Belgien, Brasilien, Deutschland, Österreich, Slovakei, Spanien, Tschechien und in Buchs im Kanton St. Gallen. Wanger ist darüber hinaus Präsident der Liechtensteiner Treuhandvereinigung und Honorarkonsul der Republik Ungarn in Vaduz.

Eigenartiger Absturz der CSM Holding

In diesem illustren Umfeld nahm Schnyder Einsitz in diverse Verwaltungsräte von Aktiengesellschaften und wurde Geschäftsführer zweier Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Sämtliche Firmen sind zur Zeit in Liquidation *(siehe Tabelle)*. Der grösste Brocken ist dabei die CSM Holding und Finanz AG mit einem Aktienkapital von 13,5 Millionen Franken. Die Haupttätigkeit der CSM lag in «Investitions- und Finanzierungsgeschäften aller Art» wie es im Handelsregister des Kantons St.Gallen heisst. Angefangen hatte die CSM mit einem Startkapital von 250 000 Franken. Dann wurde in vier Etappen aufgestockt: Am 2. Dezember 1998 auf 1,255 Millionen, am 24. Dezember 1998 auf 7 Millionen, am 16. Februar 1999 auf 10 Millionen und schliesslich am 31. März 1999 auf 13,5 Millionen. Nach diversen Rochaden im Verwaltungsrat ging die CSM überraschend am 20. September 2000 in Konkurs.

Ein reines Gewissen

Auf Anfrage erklärt der langjährige CSM-Präsident Schnyder: «Ich weiss nicht, wieso die CSM in Konkurs ging. Vielleicht waren es falsche Beteiligungen.» Er sei seit Januar letzten Jahres nicht mehr im CSM-Verwaltungsrat. Dann habe der bisherige Verwaltungsrat Martin Huff (Bad Homburg/D) das Präsidium übernommen. Auch über die Herkunft des Aktienkapitals weiss Schnyder nur beschränkt Bescheid. Zum Teil sei das Aktienkapital durch die CSM Vermögensverwaltung in Bad Homburg (D) aufgestockt worden, zum Teil kam das Kapital auch von «Anlegern aus Liechtenstein.» Treuhandgesellschaften hätten die rechtmässige Herkunft der Gelder geprüft und er habe die Generalversammlungen ordnungsgemäss abgehalten. Von Geldwäscherei wisse er nichts und er habe «ein reines Gewissen.» Mehr könne er nicht sagen; für das operationelle Geschäft sei Martin Huff zuständig gewesen. Dieser lasse sich jedoch «gut abschirmen» und sei nicht so leicht zu erreichen wie er…

Endlich ein anständiger Lohn

Zeitgleich mit der Übernahme des CSM-Präsidiums durch den Deutschen Martin Huff, verliess Schnyder das Rechtsbüro «Wanger&Schnyder» und bewarb sich für eine Stelle beim Finanzdepartement des Kantons Appenzell. Schnyder ist froh, dass die Bewerbung Erfolg hatte und dass jetzt «endlich ein anständiger Monatslohn hereinkommt.» Mit dem Lohn aus der 60 %-Anstellung in Buchs hätte er sich das Büro in Steg und die Sekretärin nicht mehr leisten können. Als Verwaltungsratspräsident der CSM und diverser anderer Aktiengesellschaften hantierte er zwar mit Millionen, profitiert haben offenbar andere.

Philipp Schnyders Liquidationen und Konkurse:
Das Finanzgeschäft an der Grenze zu Liechtenstein ist hart

Name der Gesellschaft	Funktion	Stand am 25.01.2001	Sitz	Aktienkapital (Mio.)
CSM Holding und Finanz AG	VR-Präs.	In Liquidation (Konkurs)	c/o Rechtsbüro Wanger&Schnyder Bahnhofstr. 17 3970 Buchs SG	13,5
Antera Treuhand & Verwaltung GmbH	Geschf.	In Liquidation	c/o Rechtsbüro Wanger&Schnyder	0,02
ATG Immobilien Verwaltung AG	Vize-Präs.	In Liquidation	c/o Rechtsbüro Wanger&Schnyder	0,1
Atlan Vermögens-verwaltung AG	VR-Präs.	In Liquidation	c/o Rechtsbüro Wanger&Schnyder	0,1
GTA Invest AG	VR-Präs.	In Liquidation	c/o Rechtsbüro Wanger&Schnyder	0,1
MLB Montage-leasing Baum-gartner GmbH	Geschf.	In Liquidation	c/o Rechtsbüro Wanger&Schnyder	0,02
City Trade AG	VR-Präs.	In Liquidation	Talacker 50 8001 Zürich	3,0
Eldrad Holding AG	VR-Präs.	In Liquidation	Bahnhofstrasse 3940 Steg	0,05

VR-Präs.: Verwaltungsratspräsident / Geschf.: Geschäftsführer

Allseits gute Beziehungen: Schnyders Büropartner Markus Wanger (links) bei der Begrüssung der Liechtensteiner Fürstenfamilie.

Die wundersame Verwandlung privater in öffentliche Interessen

Was hat eigentlich Gemeindeschreiber Eduard Brogli im Casino-Verwaltungsrat zu suchen?

Brogli-Tower

BRIG/GAMSEN **– Als Anwalt und ehemaliger CSP-Gemeinderat vertrat Eduard Brogli die Interessen privater Anleger im Verwaltungsratspräsidium der Casino Brig AG. Letzten Herbst wurde Brogli zum Gemeindeschreiber gewählt und aus den privaten Interessen wurden flugs «öffentliche Interessen». Nun muss sogar das Personalreglement dran glauben!**

VON KURT MARTI

Bekanntlich hat eine private Investorengruppe ein Gesuch für ein Spielcasino im ehemaligen Crazy Palace beim Bund eingereicht. Verwaltungsratspräsident der Casino Brig AG ist der ehemalige CSP-Gemeinderat und Anwalt Eduard Brogli. Dieser vertritt dabei die Interessen privater Investoren, darunter mit 50 Prozent-Beteiligung der Kursaal Interlaken und diverse potente Anleger aus dem Oberwallis. Im Herbst wurde Brogli zum Brig-Gliser Gemeindeschreiber ernannt und gab seine Tätigkeit als Gemeinderat und Anwalt auf. Aus dem Interessenvertreter privater Investoren wurde plötzlich ein Kämpfer für die öffentlichen Interessen. Brogli sieht darin überhaupt keine Probleme und antwortet keck: «Ich sehe keine Veranlassung, aus dem Verwaltungsrat zurückzutreten.»

Keinen expliziten Auftrag

Etwas anderer Meinung ist das gültige Personalreglement. Nebenbeschäftigungen für Beamten sind grundsätzlich nicht erlaubt. In Ausnahmefällen kann der Gemeinderat eine Bewilligung geben, wenn die Arbeit im öffentlichen Interesse ist. Die Beamten dürfen «weder Mitglied eines Verwaltungsrates sein, noch sich an der Leitung einer Erwerbsgesellschaft beteiligen, es sei denn dies geschehe im Auftrag des Gemeinderates.»

Brogli bestätigt auf Anfrage, dass er keinen «expliziten Auftrag des Gemeinderates» habe. Jedoch habe er den Gemeinderat von Anfang an informiert und die Sache mit ihm abgesprochen. Seine Mission sei «im öffentlichen Interesse», weil ein zukünftiges Casino der Gemeinde Steuergelder einbringe. Bis jetzt handle es ich um «keine Erwerbstätigkeit». Sollte seine Tätigkeit einmal honoriert werden oder er selbst «für die Casino Brig AG operativ tätig werden», dann würde er dies auf alle Fälle vom Gemeinderat absegnen lassen oder als Gemeindeschreiber zurücktreten. Daraus wird klar, dass Brogli auch aus Eigeninteresse im Casino-Verwaltungsrat sitzt. Als Anwalt erhoffte er sich einen zukünftigen Nebenverwerb und auch jetzt liebäugelt er mit dieser Variante.

Brogli auf den Leib geschrieben

Broglis Erklärung, im öffentlichen Interesse Casino-Präsident zu sein, ist an den Haaren herbeigezogen. Umso mehr die Stadt an der Casino AG kein Aktienkapital besitzt. In der Logik Broglis müsste der Gemeindeschreiber in möglichst vielen Verwaltungsräten privater Aktiengesellschaften sein. Die Sache ist wacklig und deshalb geht Brogli auf ganz sicher. Zur Zeit bastelt er an der Revision des Personalreglementes, das er nun schon «tausendmal abgeändert hat». Besonders die neuen Artikel 55, 56 und 57 sind Brogli auf den Leib geschrieben: Nebenbeschäftigungen zu Erwerbszwecken sind grundsätzlich zulässig, wenn sie mit der Arbeit des Gemeindeschreibers vereinbar sind und den Interessen der Gemeinde nicht zuwiderlaufen. Absegnen muss diese nicht mehr der Gemeinderat, sondern die Gemeindepräsidentin. Damit lässt sich die Sache unter Gelben und Schwarzen regeln.

Brogli: «Das haben andere gemacht»

Ein Vergleich mit dem Personalreglement des Kantons Wallis zeigt, dass die Formulierung im bisherigen und noch gültigen Personalreglement der Gemeinde Brig-Glis zweckgerecht sind. Auch der Kanton bezeichnet die Mitgliedschaft in einem Verwaltungsrat mit der Beamtentätigkeit als grundsätzlich unvereinbar. Für Ausnahmen gibt der Staatsrat die Bewilligung. Gemeindeschreiber Brogli lässt allerdings den Vorwurf nicht gelten, er hätte sich das Personalreglement auf den Leib geschrieben: «Diese Artikel habe nicht ich geändert, das haben andere gemacht.» Auf jeden Fall war die Revision des Personalreglementes dem neuen Gemeinderat in seiner ersten Sitzung zu heiss und er verschob das Traktandum auf später.

Striptease-Tänzerinnen ja, Prostitution nein!

(ktm) **– Die Casino Brig AG, deren Präsident der Gemeindeschreiber Eduard Brogli ist, vermietet das in Konkurs gegangene Crazy Palace als Nachtlokal weiter. Mieter ist der ehemalige Staldbachbetreiber Manfred Gasser. Laut Brogli besteht ein Interesse der privaten Investoren daran, «dass im Crazy etwas läuft.» Wenn eine Liegenschaft leer sei, dann entwerte sie sich und der Unterhalt leide. Und so tanzen und strippen nun im Crazy jeden Monat andere Frauen aus den Ostblock-Ländern im Interesse der privaten Investoren.**

Brogli betont, dass im Crazy nur gestrippt werden darf. Bei der Prostitution rümpft er die Nase. Im Crazy sei diese ohnehin verboten. Und Brogli fügt hinzu: «Prostitution ist auch im Umfeld des Casinos nicht erwünscht.» Letzteres ist reichlich blauäugig. Wer die Räume für ein Striptease-Lokal vermietet, der muss erfahrungsgemäss damit rechnen, dass Prostitution in irgendeiner Form im Spiel ist. Das ist auch in Gamsen nicht anders: Wie Insider berichten, übersteigt die männliche Nachfrage das Angebot der zwei bis drei Tänzerinnen bei weitem. Deshalb helfen die Prostituierten aus dem nahegelegenen «Club» aus und holen sich ihre Kunden im Crazy.

Wenn schon der Casino-Präsident Brogli und die ehrenwerten Investoren die Striptease-Tänzerin für ihre Interesse tanzen und strippen lassen, dann sollen sie auch zur unvermeidlichen Prostitution stehen, die sich in diesem Umfeld zwangsläufig ergibt. Zudem ist es primär die öffentliche Aufgabe, die Interessen der Tänzerinnen zu schützen, statt dass der Gemeindeschreiber als Präsident einer Aktiengesellschaft waltet, welche Räume im Rotlicht-Milieu vermietet.

Mit Steuergeldern wird der Anwalt von Otto G. bezahlt

Mausarmer Otti G. wieder im Geschäft?

LEUKERBAD/NATERS – **Alt Gemeindepräsident Otto G. Loretan und sein «Hofbaumeister» Architekt Kari B. sind und waren die Hauptakteure des Schuldendebakels in Leukerbad. Weil beide offenbar keinen roten Cent mehr flüssig haben, gewährte ihnen der Untersuchungsrichter unentgeltlichen Rechtsbeistand. Inzwischen ist Otto G. wieder zurück im Geschäft.**

VON GERMAN EYER

Viele Bürgerinnen und Bürger – nicht nur in Leukerbad – waren mit einigem Grund empört, als sie in der Zeitung lesen mussten, dass der Staat und damit die Steuerzahler die Anwälte der beiden Hauptschuldigen im Badner Desaster mit dem unsäglichen Protz und der Hundert-Millionen-Pleite bezahlen müssen. Damit jedoch nicht genug. Jetzt gibt es Informationen, die darauf hinweisen, dass es mit der Bedürftigkeit von Otto G. nicht weit her sei. Er scheint wieder im Geschäft. So ist es im Amtsblatt vom 5. Januar 2001 in den Handelsregister-Auszügen gleich zwei mal dokumentiert.

Fantasiename PALFALVO entlarvt

Der erste Auszug bezieht sich auf die Gründung einer Gesellschaft namens PALFALVO AG am 17. November 2000. Die Geschäftsadresse lautet auf einen Otto Loretan, Melkerbodenstrasse 8 in 3954 Leukerbad. Das Aktienkapital ist voll liberiert, einziger Verwaltungsrat ist ein gewisser Daniel Jungen aus Frutigen/Zweisimmen. Rätselfreunde sind sich einig: hinter dem Fantasienamen PALFALVO verstecken sich die Namen der Loretan Töchter. PAL für Patricia Loretan, FAL für Fabienne Loretan und VO für von Loretan. Die neugegründete Gesellschaft hat unter anderem den Zweck Generalunternehmungsaufträge auszuführen. Angesichts der beispielslosen Immobilienpleite in Leukerbad erscheinen die Dienstleistungen der PALFALVO AG geradezu grotesk: die Beratung im Erstellen, Kauf und Verkauf von Immobilien und Grundstücken.

Justizkommission im Winterschlaf

Der zweite Auszug betrifft die Gründung einer Gesellschaft mit dem Namen FINASTRAT FINANZ & HANDELS AG am 23. November 2000 mit dem Zweck der Vermittlung von Geschäften aller Art, Unternehmensberatung und Vermögensberatung. Auch diese Gesellschaft ist mit 100 000 Franken voll liberiertem Aktienkapital dotiert. Einzige Verwaltungsrätin ist Patricia Loretan von Leukerbad, angeblich die Tochter von Otto G.

Die Justizkommission des Grossen Rates hatte den Auftrag, die fragwürdige Rechtsbeistand-Geschichte zu untersuchen. Bislang ohne Erfolg. Und die Walliser Skandal-Geschichte wird sich gleich wie bei Savroz, Dorsaz oder neuerdings Televerbier wiederholen.

Zieht Otto G. ins Haus der Wirtschaft in Naters?

Insider wollen wissen: Otto G. soll demnächst ins Natischer Haus der Wirtschaft ziehen. Neben dem alt Tourismusdirektor Viktor Borter von Leukerbad und der Noch-CVP Grossrätin Beatrice Meichtry will Otto G. offenbar ins Tourismusgeschäft einsteigen. Als Vierter im Bunde wird der ebenfalls in Leukerbad bestens bekannte alt Skiverbanddirektor Josef Zenhäusern genannt. Die «Rote Anneliese» fragte beim gelben Treuhänder Albert Bass nach, ob Otto G. demnächst in «sein» Haus der Wirtschaft in Naters einziehen werde. Bass zeigte sich ob dieser Frage bass erstaunt. Für ihn sei das unvorstellbar. Wer die Geschichte von Leukerbad kennt weiss, bei Otti ist nichts unmöglich.

Dicke Eier

Gsponer weg vom Fenster

Der gelbe Fraktionschef hat seinen Rücktritt schon vor geraumer Zeit bekannt gegeben. Seine Fraktionsmitglieder mussten dies der Presse entnehmen. Als möglicher Rücktrittsgrund wurde seine rechtsliberale und alles andere als soziale Einstellung wie beispielsweise bei der Erhöhung der Kinderzulagen genannt. Grossrat und Doyen Norbert Brenner merkte nichts von allem. Aus voller Kehle behauptete er im Grossen Rat, dass die CSPO-Fraktion vollzählig für die Erhöhung der Kinderzulagen stimmen werde. Die Augen der Ratsmitglieder richteten sich auf Thomas Gsponer, der den Kopf schüttelte. Eine alte Politweisheit wiederholte sich: Kaum abgeben, ist man weg vom Fenster.

Resolution wanderte in den Papierkorb

Der Auftritt von Grossrat Beat Jost anlässlich der Postschliessungsdebatte wird den Abgeordneten noch lange in Erinnerung bleiben. Zur Unterstützung seines Votums, dass eine Resolution in Bern im besten Fall in einem Papierkorb landen würde, holte er im Sekretariat einen Papierkorb, legte ihn auf den Rednertisch und zerriss demonstrativ die Resolution, bevor er sie in den Papierkorb warf.

Die Hälfte der Staatsratsspesen gehen auf das Konto von Rey-Bellet

Der Staatsrat kann sich seine Spesen zurück bezahlen lassen. Insgesamt bezog der gesamte Staatsrat für das Jahr 1999 rund 30 000 Franken an Spesen fürs Reisen, Essen und Trinken. Auffallend ist nicht die Höhe dieser Spesenabrechnung sondern die höchst unterschiedliche Verteilung unter den Staatsräten. So bekam Baudirektor Rey-Bellet mehr als 15 000 Franken für das Jahr 1999 zurückvergütet und verbutterte somit die Hälfte der Spesen aller Staatsräte. Sein Parteikollege Fournier brachte es auf 6000 Franken, Sierro auf gute und Schnyder auf knappe 4000 Franken. Einzig SP Staatsrat Thomas Burgener verzichtete auf das Einholen von Spesen. Ihm reicht offenbar sein Staatsratsgehalt, um seine Reisen samt Essen und Trinken zu berappen.

Gruss aus dem Saas an Willy

Staatsrat Willy Schnyder ist wendig wie eine Antilope. Vor Wahlen entwickelt er eine Phantasie, die Freund und Feind erstaunt. So versuchte er sich in der letzten Grossratssession in Montana bei den Schwarzen einzuschmeicheln. Zum Auftakt der Sitzung erzählte er folgende wunderbare Begebenheit: Ein Abgeordneter aus dem Saastal – der nicht der CSPO angehöre – habe ihm die Grüsse eines Mitbürgers aus dem Saas übermittelt. Die Abgeordneten sahen sich ungläubig an. Auch Willy Sch. merkte plötzlich, dass dies an Schleim etwas zu viel war, und ging zum Tagesgeschäft über.

Limericks von Salomon Biderbost

68 Limericks eines 68ers

Weil sie nicht länger mögen,
weil sie sonst lögen,
wollen sie klar bekennen
und es so benennen:
Die FDP vertritt die grossen
Vermögen.

Die CVP ist in der Mitte,
das hört man bei jedem Schritte
ungesagt nur,
dass von Lösungen keine Spur,
was ist von einer Frage
die Mitte?

Die Schweizerische Partei
des Volches,
macht immer Politik
als solches.
Sie haben schon immer
gesagt,
was sonst niemand gewagt.
Vor allem die Politik
des Dolches.

Unschlüssig sehen die
Sozialdemokraten,
zwischen Computer und
Spaten.
Sie wissen nicht recht,
was ist bei unserem Anspruch
nicht schlecht.
Die Werktätigen werden sie
schon verbraten.

aus «Schweizerspiegel 2000» in 68 Limericks von Salomon Biderbost.

Nationalrat Peter Jossen zum Angriff auf das Poststellennetz:

Jetzt muss der Druck und Widerstand der Betroffenen erhöht werden!

WALLIS – **Dem Grossen Rat bekam die Höhenluft in Montana nicht sonderlich gut. Er reagierte auf den knallharten Abbau des Poststellen-Netzes mit einer weinerlichen Resolution statt den verantwortlichen Behörden in Bern mit einer Standesinitiative – wie sie die Linke im Grossen Rat verlangte – Beine zu machen. Jetzt ist es doppelt wichtig, dass viele Walliserinnen und Walliser die von der SPO und dem OGB lancierte Petition für den Erhalt der Poststellen im Wallis unterschreiben und zurückschicken, um den Druck und den Widerstand gegen den Kahlschlag zu stoppen. Angesichts der brisanten und aktuellen Fragen rund um das Poststellenetz stellte die «Rote Anneliese» einige Fragen an Nationalrat Peter Jossen, Mitglied der Kommission Verkehr und Fernmeldewesen.**

VON GERMAN EYER

Rote Anneliese: Die Post hat einen radikalen Umbau des Poststellennetzes angekündigt. Und dies zu einem Zeitpunkt, wo der Begriff des «Service publique» in aller Mund ist. Was macht eigentlich die Verkehrskommission des Nationalrates in dieser Situation?

Nationalrat Peter Jossen: Wir haben uns an der ersten Sitzung der Kommission dieses Jahres von Herrn Kern und Generalsekretär Dr. Werder vom zuständigen Departement UVEK orientieren lassen. Kern ist Leiter des Geschäftsbereiches Poststellennetz und Verkauf der Post. Er hat die bekannte Sicht der Post dargelegt und wurde dafür auch – unter anderem von mir – kritisiert. Ich habe den Eindruck, dass die Post-Verantwortlichen den berechtigten Aufschrei im ganzen Land massiv unterschätzt haben. Wer das Poststellennetz nur als Kostenfaktor betrachtet, vergisst, welches Potential ein gut funktionierendes Netz hat. Manchmal glaubt man einfach nicht, wie derselbe Eigentümer – nämlich der Bund – mit der linken Hand existierende Netze zerstört und mit der rechten Hand dann wieder aufwendige Wirtschaftsförderung für strukturarme Gebiete betreiben muss.

In der Märzsession wird die Parlamentarische Initiative Hämmerle im Nationalrat behandelt. Wie siehst Du die Chancen für den wichtigen Vorstoss?

Die Chancen sind intakt, sofern die schon legendäre Allianz aus Berggebiet, Rot und Grün wieder steht. Ich werde als Fraktionssprecher der SP-Fraktion den genauen Gesetzestext im Nationalrat verteidigen. Die Verkehrskommission hat mit klarer Mehrheit die von NR Hämmerle vorgeschlagenen Gesetzesänderungen für Post, SBB und Swisscom unterstützt. Wichtig ist jetzt aber auch, dass der Druck der Regionen und der betroffenen Bevölkerung wächst. Es ist richtig und wichtig, dass die Regierungen der Romandie bei der Post und dem Bundesrat interveniert haben. Wichtig und ebenso richtig ist die laufende Petition der SPO und des OGB, die von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürger unterschrieben werden sollte. Nur wenn dieser Druck anhält, müssen alle nochmals über die Bücher.

Wie ausgeprägt ist eigentlich in den eidgenössischen Räten der Sinn für die Anliegen der Rand- und Berggebiete?

Es ist das Verdienst der Berggebietsvertreter der letzten Jahre – etwa von NR Andrea Hämmerle, der die Verkehrskommission präsidiert hat, dass die Einsicht wächst, Post, SBB und Swisscom seien nationale Klammern. Für den Zusammenhalt der Schweiz sind diese ehemaligen Bundesbetriebe von zentraler Bedeutung. Wer diese Klammerfunktion zerstört, zerstört auch ein Stück Identität der Schweiz. Daran kann niemand ein Interesse haben. Die SP-Fraktion ist sich dessen bewusst. Wir haben in diesem Sinne auch bei Bundesrat Leuenberger und Post-Chef Ulrich Gygi interveniert.

Wie sieht dies im konkreten Polit-Alltag aus?

Der Tatbeweis wurde etwa erbracht, als der Nationalrat im Dezember 2000 abgelehnt hat, die sogenannte «letzte Meile» der Swisscom zu liberalisieren, weil damit 3-stellige Verluste der Swisscom verbunden gewesen wären. Bei der anstehenden Diskussion um das Netz der Post sind wieder Taten gefordert.

Post-Petition

der Sozialdemokratischen Partei Oberwallis (SPO) und des Oberwalliser Gewerkschaftsbundes (OGB)

Für den Erhalt der Poststellen im Wallis und gegen den Kahlschlag wieder auf Kosten der Rand- und Berggebiete!

Die unterzeichnenden Personen fordern mit dieser Petition die verantwortlichen Behörden in Bund und Kanton auf, den verheerenden Kahlschlag beim Poststellennetz rückgängig zu machen. Die Schliessung von Poststellen würde vorab die Gemeinden im Berg- und Randgebiet im Lebensnerv treffen und dauerhaft benachteiligen. Ein flächendeckendes Poststellennetz ist möglich, finanzierbar und zentraler Bestandteil des Service public. Namentlich die Walliser Regierung, der Grossrat und die Walliser Vertreter im National- und Ständerat werden aufgerufen, unverzüglich mit Standesinitiativen und Parlamentarischen Initiativen gegen die Post-Liquidierung vorzugehen.

Nr.	Name (Blockschrift)	Vorname (Blockschrift)	Wohnadresse	PLZ/Wohnort
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				

Talon ganz oder teilweise ausgefüllt so rasch als möglich an folgende Adresse zurücksenden:
Sekretariat Oberwalliser Gewerkschaftsbund (OGB), c/o GBI, Postfach 108, 3930 Visp / Tel. 027 948 12 80

33 Temporär-Angestellte Knall auf Fall gekündigt

SAT AG Steg: Neuer Psychoterror mit widerrechtlichen Entlassungen

STEG – **Die Direktion der SAT Akkumulatoren Technik AG in Steg hat in den letzten Wochen 33 Temporär-Angestellte kurzerhand entlassen. Das entspricht rund 16 % der Gesamtbelegschaft. Begründet werden diese Entlassungen mit einem vorübergehenden Bestellungsrückgang vor allem seitens der Scintilla AG als wichtigster Abnehmerin der SAT-Produkte.**

VON BEAT JOST

Die Entlassungen erfolgen nicht zufällig zu einem Zeitpunkt, wo die Lohnverhandlungen inzwischen auf Verbandsebene anstehen und der schwelende Lohnkonflikt somit immer noch nicht beigelegt ist. Offenbar kommen der SAT-Direktion die Entlassungen gelegen, um die Belegschaft einmal mehr einzuschüchtern und im Betrieb ein Klima der Verunsicherung zu schaffen.

Mit den 33 ausgesprochenen Entlassungen liegt nach Ansicht der Betriebsgruppe SAT AG der Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI) ganz klar eine Massenentlassung im Sinne des schweizerischen Mitwirkungsgesetzes wie auch des Gesamtarbeitsvertrages der Maschinen- und Metallindustrie vor, dem sich die SAT AG erst vor einem halben Jahr endlich unterstellt hat.

Alle Bestimmungen von Gesetz und Gesamtarbeitsvertrag missachtet

Trotzdem hat die SAT AG mit ihrem Vorgehen die einschlägigen Bestimmungen von Gesetz und Gesamtarbeitsvertrag in krasser Weise missachtet. Tatsachen sind:

- Die Betriebskommission wurde weder rechtzeitig informiert noch konsultiert. Es fanden auch keine Verhandlungen über mögliche und notwendige Massnahmen zur Vermeidung oder zur Abfederung der Entlassungen statt.
- Ebenso wenig fanden rechtzeitige Konsultationen und konkrete Verhandlungen mit den verantwortlichen Vertragsgewerkschaften SMUV und SYNA statt.
- Die SAT AG hat dem kantonalen Arbeitsamt die Massenentlassungen entgegen der gesetzlichen Bestimmungen nicht schriftlich angezeigt.
- Das kantonale Arbeitsamt hat bis am 10. Februar trotz wiederholter Intervention von gewerkschaftlicher Seite noch keine konkreten Schritte unternommen, um nach Lösungen zu suchen, wie das im Mitwirkungsgesetz vorgeschrieben ist.

Kurzarbeit und ein geordneter Ferienbezug statt Massenentlassungen!

Die GBI-Betriebsgruppe SAT AG forderte am 10. Februar die Verantwortlichen der SAT AG und des kantonalen Arbeitsamtes auf, die ausgesprochenen Massenentlassungen zu stoppen und mit der Betriebskommission und den Gewerkschaften sofort Verhandlungen über mögliche Massnahmen aufzunehmen.

Als zweckdienliche Lösungen bieten sich folgende Massnahmen an:

1. Aufgrund der Tatsache, dass der Bestellungsrückgang vorübergehend ist und bereits in zwei, drei Monaten absehbar wieder deutlich höhere Stückzahlen geliefert werden müssen, ist die Einführung von teilweiser Kurzarbeit im Rahmen der Arbeitslosen-Versicherung auch aus Sicht des Betriebes die sinnvollste Lösung. Die Einführung von Kurzarbeit hat explizit zum Ziel, vorübergehende Beschäftigungseinbrüche auszugleichen, Arbeitsplätze zu erhalten und Entlassungen zu verhindern.
2. Im weiteren ist ein geordneter Bezug der vielen alten, aufgelaufenen Ferien zu organisieren. Der jetzt von der Betriebsleitung angeordnete Ferienbezug in wöchentlichen Einzeltagen läuft dem Ferienzweck zuwider und widerspricht den einschlägigen Bestimmungen des Arbeitsrechtes.

Für den Fall, dass die fälligen Verhandlungen nicht unverzüglich stattfinden oder zu keinem Ergebnis führen, behält sich die GBI vor, gestützt auf das Verbandsklagerecht im Rahmen des Mitwirkungsgesetzes eine Feststellungsklage einzureichen.

- **Die braven Gewerkschaften liessen sich in der Frage der Ladenöffnungszeiten über den Tisch ziehen**
- **Jetzt bastelt Sitten an einem Gesetz, dass für unser Verkaufspersonal klare Verschlechterungen bringt**

So macht fixer Schnyder Verkäuferinnen fertig

WALLIS – **In einer ausserparlamentarischen Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen BIGA-Chefs Klaus Hug haben die angeblichen Sozialpartner des Walliser Detailhandels zwei Jahre lang an einer Liberalisierung und Deregulierung der Ladenöffnungszeiten herumgedoktert. Am Schluss liessen sich die braven Gewerkschaften halbwegs zermürbt gänzlich über den Tisch. Sie stimmten einer weiteren und weitgehenden Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten zu. Einzig der Oberwalliser Gewerkschaftsbund (OGB) und die Oberwalliser Gewerkschaft GBI-unia lehnte die schlechte Lösung ab.**

VON BEAT JOST

Wie absehbar, rächt sich jetzt die Nachgiebigkeit. Staatsrat Schnyder schickte nämlich am 8. Februar einen Vorentwurf zu einem neuen Ladenöffnungsgesetz in die Vernehmlassung. Darin ist alles enthalten, was das Arbeitgeber- und vor allem Grossverteiler-Herz begehrt:

- **Möglichkeit verlängerter Öffnungszeiten wöchentlich am Freitag bis 21.00 Uhr;**
- **Öffnungszeit an Samstagen und vor Feiertagen bis 17.00 Uhr, statt wie bisher im Oberwallis bis 16.00 Uhr;**
- **Möglichkeit verlängerter Öffnungszeiten am Mittwoch bis 21.00 Uhr, wenn der Freitag oder Samstag ein Feiertag sind;**
- **freigestellte morgendliche Öffnungszeiten inklusive Montag morgen;**
- **3 Abendverkäufe bis 22.00 Uhr in der Vorweihnachtszeit;**
- **tägliche wöchentliche Öffnungszeiten bis 20.00 Uhr sowie am Sonntag von 09.00 bis 12.00 Uhr für Familienbetriebe und Spezialiebensmittelgeschäfte mit weniger als 100 m² Betriebsfläche;**
- **tägliche Öffnungszeit inklusive Sonn- und Feiertagen für Geschäfte an Tankstellen, in Campings, Degustationszentren, Verkaufs- und Werbestellen für Walliser Produkte sowie Sportzentren, welche eine Betriebsfläche von 100 m² nicht übersteigen;**
- **Spezialregelung für touristische Orte, wo die Geschäfte durchgehend an Werktagen bis 21.00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen bis 18.30 Uhr geöffnet werden können.**
- **Im Entwurf steht keine Silbe über einen minimalen Schutz für das Verkaufspersonals. Die Auflage, dass von den verlängerten Öffnungszeiten nur profitieren kann, wer wenigstens einem Gesamt- oder Kollektivarbeitsvertrag untersteht, sucht man und frau vergebens.**

Null Verbesserungen fürs Verkaufspersonal

Mit diesen Deregulierungen wird das Oberwallis Verkaufspersonal nochmals massiv schlechter gestellt. Dass beispielsweise das Briger Verkaufspersonal im vergangenen Jahr mit einer Petition gegen ähnliche Pläne protestierte, wurde in Sitten nicht einmal zur Kenntnis genommen. Einmal mehr benachteiligt werden auch die kleinen Geschäfte. Die Profiteure sind die Grossverteiler, welche die Ausdehnung der Öffnungszeiten voll ausschöpfen können und werden.

Attacke gegen Thomas Burgener ging ins Leere

Rohrkrepierer: Gelbe wollten Willi puschen!

VISP/BRIG (ra) – **Die Schwarzen und Gelben sind in den Oberwalliser Spitälern Brig und Visp am Drücker. Sie kontrollieren die Verwaltungsräte und stünden eigentlich voll in der Verantwortung. Doch statt zu möglichen Lösungen für die grossen Probleme im Gesundheitswesen beizutragen, betreiben sie seit Jahren nichts als billige Verhinderungs- und Verweigerungspolitik auf Kosten der Gemeinden, der Pflegebedürftigen, der Prämienzahler und des Pflegepersonals.**

Alle Vorschläge und Gesprächsangebote aus dem Departement von Thomas Burgener werden boykotiert, alle Papiere und Zahlen ignoriert. Irgendwann kommt die Stunde der Wahrheit, irgendwann werden die Spitalverantwortlichen dafür gerade stehen müssen. Deshalb versuchen die gesundheitspolitischen Heckenschützen, auf Nebenkriegsschauplätze auszuweichen und vom eigentlichen Problem abzulenken.

Jetzt haben 8 Grossrätinnen und Grossräte ausgerechnet von der CSPO den Vogel endgültig abgeschlossen:

- In einem auf Französisch abgefassten Brief verlangten sie mit den eingeschworenen Burgener-Gegnern im Unterwallis, dass das Dossier Gesundheitswesen von Departements-Stellvertreter Willi Schnyder mitbetreut werden soll.
- Gleichzeitig erhoben sie ohne irgendwelche Fakten und Beweise einen schweren Pauschal-Vorwurf gegen den anerkannt kompetenten Kantonsarzt Dubuis und forderten eine Untersuchung gegen ihn.

Warum die gelben Abgeordneten Thomas Gsponer, Thomas Brunner, Franz-Josef Salzmann, Klara Imwinkelried, Yvo Sarbach, Maria Öster-Ammann, Norbert Brenner und Rose-Marie Bumann den Brief unterschrieben, darüber zirkulieren inzwischen zwei Versionen:

- Die einen hätten den Brief unterschrieben, um ihren Staatsrat Schnyder zu puschen und ins Spiel zu bringen.
- Die anderen hätten unterschrieben, weil sie den auf französisch abgefassten Inhalt nicht verstanden. Soviel ist sicher: Mehrere der unterzeichnenden Gelben versteht kaum ein Wort französisch.

Wie auch immer, die Attacke lief ins Leere. Der Staatsrat erteilte den Briefschreibern eine unmissverständliche Abfuhr. Auch der jüngste Heckenschuss geriet zum Rohrkrepierer. Doch der nächste folgt bestimmt.

Lonza-Gewerkschaften verhandelten erfolgreicher über mehr Lohn als die interne Angestellten-Vereinigung

Peinlich für Lonza-Direktion: 3 Prozent sind für viele nur 1 Prozent

VISP (ra) – **Die federführende Lonza-Gewerkschaft GBI sprach in ihren Verlautbarungen zwar von nur mittlerer Zufriedenheit, doch die für das Jahr 2001 ausgehandelte Lohnerhöhung lässt sich trotz allem sehen:**

Die Lohnsumme für die rund 1460 Arbeiterinnen und Arbeiter im Kollektivarbeitsvertrag (KAV) wurde um 3 Prozent erhöht. Angesichts der erneut glänzenden Zahlen und grossen Gewinne hätte den ArbeiterInnen in der Tat mehr gehört.

Positiv am Lohnabschluss im KAV jedoch ist, dass von den 3 % nicht weniger als 2,75 % generell gewährt werden. Dass heisst, dass die Löhne für alle Arbeiter plus-minus in dieser Grössenordnung aufgebessert werden.

Schwache Einzelarbeitsverträge

Anders bei den Angestellten im Einzelarbeitsvertrag (EAV): Zwar wird auch hier die Lohnsumme um gesamthaft 3 % erhöht. Doch längst nicht alle der 1100 Angestellten werden 3 % mehr bekommen.

Viele werden nämlich nur gerade die generellen 1 % und damit nicht einmal die Teuerung ausgeglichen erhalten.

Der Rest der Lohnerhöhung wird individuell verteilt, wie das heute in vielen Betrieben und Branchen immer mehr zu ungerechten Arbeitgeber-Mode wird.

Klar ist, dass bei einer solchen weitgehend willkürlichen Verteilung der Mittel in der Regel wieder jene schlechter fahren, die ohnehin benachteiligt sind und am kürzeren Heben sitzen.

Kein Wunder, dass die Lonza-Direktion den brisanten Unterschied zwischen KAV und EAV lieber verschweigen wollte.

- Deshalb stand in der Medienmitteilung über den Lohnabschluss im KAV kein Wort davon, dass von den 3 % ganze 2,75 % effektiv generell gewährt werden. Die Rede war lediglich von einem überwiegend generellen Teil.
- In einer ersten Fassung soll davon überhaupt nichts drin gestanden haben, was dem Vernehmen zum letzten Streit mit den Gewerkschaften in den Lohnverhandlungen führte.

Dass sich die Lonza in dieser Frage vor allzu viel Publizität ziert, ist naheliegend: Vielleicht könnten die Angestellten eines Tages doch noch auf die Idee kommen, dass man mit einer Gewerkschaft wie der GBI besser fährt, als mit einer schwachen, von der Direktion kontrollierten Angestellten-Vereinigung.

Staatsrat Willy Schnyder hat Anschluss verpennt!

Wallis mit den Direktzahlungen in der Landwirtschaft schlecht im Rennen

WALLIS **– Jetzt steht es schwarz auf weiss: dem Kanton Wallis fehlen im Gegensatz zum Kanton Graubünden 20 Millionen Franken an Direktzahlungen für die Landwirtschaft. Der Grund: während der Kanton Graubünden längst auf die Karte Biolandbau setzt, übt man sich im Wallis vorab mit dem Schaffen von neuen Strukturen in der Agrarbürokratie. Das Departement von Staatsrat Willy Schnyder hat in den letzten Jahren den Anschluss an eine vernünftige und zukunftsträchtige Landwirtschaftspolitik verschlafen.**

VON HILAR EGGEL UND GERMAN EYER

Der Staat Wallis hat an der ETH-Zürich eine Studie zur Landwirtschaft in Auftrag gegeben. In den letzten Tagen ist die Broschüre «Auf dem Weg einer nachhaltigen Walliser Landwirtschaft» erschienen. Analysiert werden nicht Produktionsmethoden wie z. B. der Bio-Landbau, sondern einzelne Sektoren wie Fleisch, Käse, Milch, Wein und Gemüse. Die Bereiche werden vor allem einer marktwirtschaftlichen Analyse unterzogen. Dieser Ansatz ist zwar nicht falsch. Er wurde aber zu stark in den Mittelpunkt gestellt. Wichtige Überlegungen zu zentralen Fragen der Landwirtschaft werden nur am Rande gestreift wie z.B. die Förderung des Bio-Landbaus und die Bedeutung der Direktzahlungen. Ein Vergleich mit Graubünden drängt sich auf.

Das Wallis ist ein Bergkanton, der in der Landwirtschaft unter erschwerten Bedingungen produzieren muss. Gegenüber den Grossbetrieben im Mittelland ist die Walliser Landwirtschaft nur in wenigen Sektoren konkurrenzfähig. Zu recht werden landwirtschaftliche Betriebe, die naturnah und ökologisch produzieren, mit Direktzahlungen unterstützt.

Wie hoch sind die Direktzahlungen?

Der Kanton Graubünden verfügt über eine landwirtschaftliche Nutzfläche von rund 52 000 Hektaren, im Gegensatz zum Wallis mit rund 39 000 Hektaren. Betrachtet man die allgemeinen Direktzahlungen und die Öko-Beiträge, kommt man zum Schluss, dass die finanziellen Mittel, die mit Hilfe der neuen Agrarpolitik realisiert werden und ins Wallis fliessen, unterdurchschnittlich sind. Graubünden weist für das Jahr 1999 einen Betrag von 147 Millionen Franken aus, der Kanton Wallis 87 Millionen Franken. Umgerechnet auf die landwirtschaftliche Fläche im Vergleich mit Graubünden fehlen dem Kanton Wallis rund 20 Millionen Franken in der Abrechnung.

Die ökologischen Direktzahlungen

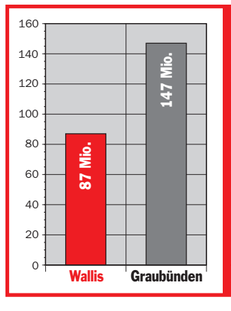
Die Öko-Beiträge werden für besonders ökologische Leistungen wie extensiv genutzte Wiesen, tierfreundliche Nutztierhaltung und Bio-Landbau abgegolten. Der Kanton Graubünden erhält für diese ökologisch ausgerichteten landwirtschaftlichen Leistungen rund 13,5 Millionen Franken, im Wallis sind es magere 5 Millionen Franken. Auch hier wäre Handlungsbedarf angesagt.

Bio-Landbau

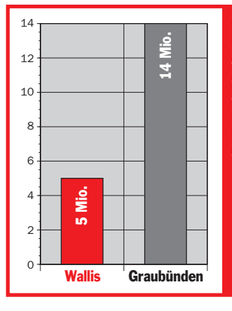
Als besonders umweltfreundliche Produktionsform (Agrarbericht 2000, Bern) wird der Bio-Landbau vom Bund gefördert. Für das Jahr 2001 sind die Beiträge neu angesetzt worden: bei Grün- und Streuflächen von 100 auf 200 Franken pro Hektare; bei offener Ackerfläche von 600 auf 800 Franken, bei den Spezialkulturen von 1000 auf 1200 Franken. Im Kanton Graubünden wird von der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche 39 Prozent (20 530 Hektaren) biologisch bewirtschaftet, im Wallis sind es rund 7 Prozent (2517 Hektaren). 2,2 Millionen Franken werden in Graubünden an Direktzahlungen für den Bio-Landbau ausbezahlt, im Wallis bloss 456 000 Franken. Wenn der Standart von Graubünden erreicht würde, könnten allein im Bereich Bio-Landbau im Wallis mehr als eine Million Franken zusätzlich verteilt werden.

Öko-Beiträge stärken und abholen

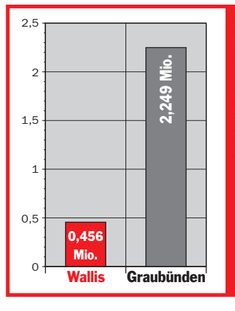
Im Vorwort der Kurzfassung der Studie schreibt Staatsrat Wilhelm Schnyder: «Allgemein befindet sich die Landwirtschaft in einer schwierigen Lage. Man könnte sagen, sie hänge an einer ‹Transfusion›… den Direktzahlungen… Was würde geschehen, wenn sich die vom unmittelbaren Profit geprägte Gesellschaft entschliessen würde, die ‹Transfusion› abzubrechen?» Ein möglicher Abbruch kann am besten verhindert werden, wenn erstens der notwendige politische Druck von den Randregionen aus übermittelt wird und zweitens in der Landwirtschaft die Produktionsformen gefördert werden, die ökologisch und naturnah ihre Betriebe bewirtschaften. Mit einer geschickteren Landwirtschaftspolitik gegenüber Bern könnte der Staat Wallis einige Millionen Franken mehr abholen. Die schweizerische Agrarpolitik geht mit der Unterstützung der Betriebe in Richting Öko-Landwirtschaft. Das zeigt auch die Erhöhung der Beiträge für den Bio-Landbau. Graubünden wird für das Jahr 2001 allein im Bereich Bio-Landbau mehr als 2 Millionen Franken zusätzlich erhalten – das Wallis bloss rund 250 000 Franken. Die Öko-Beiträge haben also nicht nur gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten, sondern auch beim Bund eine gute Chance.



Von den allgemeinen und ökologischen Direktzahlungen fliessen 147 Millionen Franken in den Kanton Graubünden. Lediglich 87 Millionen Franken erhält der Kanton Wallis. Mit einer geschickten Landwirtschaftspolitik könnten im Wallis Millionenbeträge in zweistelliger Höhe zusätzlich erzielt werden.



Öko-Beiträge werden für besonders ökologische Leistungen ausbezahlt. Die Beiträge an den Kanton Graubünden sind fast um das Dreifache höher.



Wenn der Kanton Wallis konsequent wie Graubünden den Bio-Landbau fördern würde, könnten zusätzlich Direktzahlungen in Millionenhöhe realisiert werden.

A9 zwischen Raron und Visp:

Rey-Bellet schaltet auf stur

RARON/VISP **– Vor zwei Jahren herrschte Tauwetter zwischen dem Walliser Staatsrat und den Umweltorganisationen. Nach zähen Verhandlungen konnte am 17. Februar 1998 eine Vereinbarung zur A9 unterzeichnet und damit ein Schlussstrich unter die jahrzehntelange Auseinandersetzung um die Autobahn im Oberwallis gezogen werden. Einzig bei der Linienführung der Nationalstrasse zwischen Raron und Visp konnte keine Einigung erzielt werden. Hier droht nun der alte Autobahnkrieg mit voller Wucht wieder aufzuflammen.**

VON ANDREAS WEISSEN

Die Staatsratswahlen vom März 1997 sorgten im Wallis für eine nie gekannte Aufbruchstimmung und brachten eine neue Dynamik in die Politik. Auch das Autobahndossier, das seit Jahrzehnten blockiert war, kam endlich vom Fleck. Staatsrat Bodenmann, Präsident der staatsrätlichen Verkehrsdelegation, konnte seine Kollegen Rey-Bellet und Schnyder dazu bewegen, die traditionelle orthodoxe Haltung in der Autobahnfrage aufzugeben und nach tragfähigen Lösungen mit allen Beteiligten zu suchen.

Kurzer Autobahn-Frühling

Tatsächlich gelang bei der Umfahrung von Visp endlich der Durchbruch im Süden. Und mit den Umweltorganisationen, die seit 1977 gegen die offiziellen Autobahnpläne antraten, konnte in wenigen Wochen eine Vereinbarung abgeschlossen werden. Die Umweltorganisationen verzichteten darin – ausser bei der Teilstrecke «Gampel–Visp» – auf den weiteren Einsatz von Rechtsmitteln. Umgekehrt verpflichtete sich die Walliser Regierung, die Naturwerte und die Landschaft im Rhonetal aufzuwerten. Für die Diskussion von Detailfragen zur A9 und zum Naturschutz im Talgrund wurde eine gemeinsame Konsultativkommission (CoCoCo) eingerichtet.

Nach dem Ausscheiden von Peter Bodenmann aus der Walliser Regierung übernahm Jean-Jacques Rey-Bellet den Vorsitz der staatsrätlichen Verkehrsdelegation. Seither herrscht Funkstille: Das A9-Dossier «Teilstrecke Gampel–Visp» mit der umstrittenen Linienführung zwischen Raron und Visp dämmert in irgendeinem Aktenschrank vor sich hin.

Rückfall in bornierte Zeiten

Die CVP-Staatsräte Steiner und Bornet hatten bei der Nationalstrasse keine glückliche Hand. Sie verschanzten sich jeweils tief hinter dem offiziellen Projekt und hintertrieben so jegliche konstruktive Lösungen. Erst als auswärtige Experten beigezogen wurden, nahm das Projekt der Nationalstrasse endlich akzeptable Formen an. Die Überprüfung der N9 durch Professor Bovy erfolgte auf Geheiss des Bundesrates gegen den Willen der Walliser Regierung und Verwaltung. Und die Überprüfung der Umfahrung von Visp wurde erst mit dem Frühling in der Walliser Politik möglich.

Doch inzwischen hat Staatsrat Rey-Bellet die Tradition seiner Amtsvorgänger aufgenommen und in der Autobahnfrage auf stur geschaltet: Die Anliegen der Gemeinden und der Umweltorganisationen stossen auf kein Gehör. Rey-Bellet setzt auf die Juristen und misstraut den Ingenieuren. Das offizielle Projekt soll mit rechtlichen Mitteln durchgeboxt werden, die Ingenieure dürfe keine bessere Lösungen entwickeln. Die Walliser Autobahnpolitik ist in kürzester Zeit wieder zu einem unbeweglichen, trägen Betonklotz geworden.

Die südliche Linienführung der A9 zwischen Visp und Raron ist nicht nur die logische Fortsetzung der Südumfahrung von Visp. Sie brächte auch Mensch, Natur und Landschaft gewichtige Vorteile.

Kragen geplatzt!

In dieser Situation ist den Walliser Umweltorganisationen, die sich auf einen konstruktiven Dialog mit der Walliser Regierung eingelassen hatten, der Geduldsfaden geplatzt. Bereits wird in den Vorständen der Ausstieg aus der CoCoCo diskutiert. Denn in über zwanzig ganztägigen Sitzungen wurden kaum nennenswerte Ergebnisse erzielt.

Sauer aufgestossen ist den Umweltorganisationen unter anderem, dass Staatsrat Rey-Bellet ihre Eingaben nicht beantwortet, ja nicht einmal den Empfang der Briefe bestätigt. So erhielten weder Pro Natura noch der WWF auf ihre Anregungen und Bemerkungen zur Südumfahrung von Visp im Dezember 1999 eine Antwort. Zudem liess Rey-Bellet den Vertretern der Umweltorganisationen Unterlagen zu einem Variantenvergleich im Raum Grosshüs («Visp Ost») vorenthalten. Dabei hatte sich die Walliser Regierung in der Vereinbarung in Fragen der A9 zu vollständiger Transparenz verpflichtet. Schliesslich fand seit September 1999 keine Aussprache mehr zwischen der CoCoCo und der staatsrätlichen Verkehrsdelegation mehr statt, weil Staatsrat Rey-Bellet einfach keinen Termin dafür findet.

Das Fass zum Überlaufen brachte jedoch die Meldung Mitte November 2000, der Walliser Staatsrat werde demnächst die Südumfahrung von Visp mitsamt dem Westanschluss in Visp «gemäss offiziellem Projekt» bewilligen. Damit würden die Vorschläge der Umweltorganisationen ebenso in den Wind geschlagen wie die Wünsche der Gemeinde und Bevölkerung von Baltschieder. Die logische Fortsetzung der A9 auf dem Trassee der Kantonsstrasse fiele ausser Abschied und Traktanden.

Deshalb zogen die Umweltorganisationen die Notbremse und gelangten Mitte Januar 2001 mit einer Informationsschrift an die Öffentlichkeit. Darin untermauern sie ihre Forderung, für den Westanschluss im Raum Visp eine bessere Lösung zu suchen und die alternative Linienführung im Süden mit der offiziellen Variante zu vergleichen.

Damit der Autobahn-Frühling im Wallis nach kurzem Tauwetter nicht wieder in die alte Kälte und Härte zurückfällt!

Erich Fried
«Ich will mich erinnern an alles, was man vergisst»

Erich Fried ist wohl der populärste deutschsprachige Lyriker der Nachkriegszeit. Titel wie «und Vietnam und» oder «Höre, Israel!» sind Klassiker der modernen engagierten Lyrik. Die Liebesgedichte gehören zum festen Bestand zeitgenössischer Dichtung. Fast bekannter geworden als durch sein Werk ist Fried durch sein politisches Engagement.

VON HILAR EGGEL

Erich Fried auf einer Kundgebung im Mai 1968.

Erich Fried wurde in Wien geboren. Der Nationalsozialismus zwang den Juden Fried ins englische Exil. Diese Erfahrung hat seine Dichtung geprägt. Eine Maxime seiner schriftstellerischen Arbeit lautete seit damals: «Ich will mich erinnern / an alles, was man vergisst». Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hat ihn zum Schreiben gezwungen.

*

Mit einer Auswahl von «Warngedichten» stiess Erich Fried zur «Gruppe 47». In der legendären Schriftstellervereinigung fand er eine Art von Heimat. Mitglieder der Gruppe veröffentlichten Stellungnahmen gegen nationalsozialistische und antisemitistische Tendenzen in der Bundesrepublik. 1958 traten sie dem «Komitee gegen Atomrüstung» bei.

In den legendären sechziger Jahren sympathisierte Erich Fried mit der aussenparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik und begann für die Zeitschrift «konkret» zu schreiben, in der auch Ulrike Meinhof Artikel und politische Texte veröffentlichte. Mit Rudi Dutschke demonstrierte er gegen den Vietnamkrieg. Mit dem Gedichtband «und Vietnam und» hatte er mit einem Schlag eine eigene Handschrift gewonnen. Berühmt wurden die Verse:

Aus Da Nang
wurde fünf Tage hindurch
täglich berichtet:
Gelegentlich einzelne Schüsse.

Am sechsten Tag wurde berichtet:
in den Kämpfen der letzten fünf Tage
in Da Nang
bisher etwa tausend Opfer.

Der private und auch künstlerische Lebensweg von Erich Fried war immer von geschichtlichen Ereignissen beeinflusst. Die Geschichte seines Lebensweges kann man auch als Geschichte des 20. Jahrhunderts lesen. Sei es die Vertreibung aus der Wiener Hauptstadt («Die mir die Gärten meiner Stadt versagen / die Bank im staubigen Grün am Kai / sie haben mir den Vater totgeschlagen»), der Krieg in Vietnam («und Vietnam und»), der Fall der Ulrike Mainhof («Mord durch Gehässigkeit / Mord durch Unrecht / den keiner mehr Mord nennt»). Erich Fried reagierte stets auf politische Ereignisse und bezog Position.

*

Die beste Charakterisierung von Erich Fried hat ein BBC Kollege geschrieben. «Erich ist, wie er es nennt, Elektrobastler. Ich glaube, nicht nur äusserlich. Auch seine ‹Innere Landschaft› ist dauernd hochspannungsgeladen; manchmal hängen die Drähte etwas lose, manchmal gibt es einen Kurzschluss. Aber bisher, meint Erich stolz, hat er noch jeden Kurzschluss selbst behoben.» Die Stärke seiner Texte und seines politischen Auftretens liegt darin, Hochspannung auszuhalten und Kurzschlüsse zu riskieren.

Es ist Unsinn
sagt die Vernunft
Es ist was es ist
sagt die Liebe

Erich Fried auf einer Vietnamdemonstration.

Erich Fried im perfekt organisierten Arbeitszimmer.

Es ist Unglück
sagt die Berechnung
Es ist nichts als Schmerz
sagt die Angst
Es ist aussichtslos
sagt die Einsicht
Es ist was es ist
sagt die Liebe

Es ist lächerlich
sagt der Stolz
Es ist leichtsinnig
sagt die Vorsicht
Es ist unmöglich
sagt die Erfahrung
Es ist was es ist
sagt die Liebe

*

Erst gegen Ende seines Lebens wurde ihm die verdiente Anerkennung zuteil. 1987 erhielt er den Georg-Büchner-Preis. Anlässlich der Verleihung des Preises erklärte er: «Unbeantwortbar, aber zugleich unwiderstehlich ist die Frage: Wie hätte Georg Büchner heute geschrieben? In diesem Land, das sich zur Freiheit bekennt, aber gewaltlose Demonstranten misshandelt und einsperrt. Das immer von Demokratie spricht, aber hinter den Kulissen einen Pinochet unterstützt.» Erich Fried gab sein «öffentliches Leben» auch nicht auf, als er schon mit einem schweren Krebsleiden zu kämpfen hatte. Er starb am 22. November 1988 in Baden-Baden. Zahlreiche Freunde und Bekannte kamen zur Trauerfeier und Beisetzung auf den Londoner Friedhof «Kensal Green». Für den Grabstein wählte die Familie den Anfang des Gedichtes «Vielleicht», der lautet:

Gedichte
die viel zerstörbarer sind
als Stein
werden vielleicht
mein Haus aus Stein
überdauern

Ein bemerkenswertes Buch

Über Erich Fried hat der Wagenbach-Verlag das Buch «Erich Fried. Ein Leben in Bildern und Geschichten» veröffentlicht. Der Verleger Klaus Wagenbach war ein guter Freund von Erich Fried. So erstaunt es eigentlich nicht, was aus dieser Biographie geworden ist – ein herrliches Buch. Wer einen Sinn sowohl für inhaltliche Tiefe wie auch für das Design eines Buches hat, der sollte es kaufen. Das Buch kann als Nachschlagewerk, als Biographie oder als Lese- und Bilderbuch verwendet werden. Es zeigt, wie wichtig für Fried das öffentliche und politische Wirken war. Neben den vielen Fotos sind auch zahlreiche Texte von Fried abgedruckt.
Erich Fried: Ein Leben in Bildern und Geschichten. Herausgegeben von Catherine Fried-Bosweil und Volker Kaukoret. Verlag Wagenbach. Berlin 1996, 144 Seiten, Fr. 24.80.

Für Rudi Dutschke

«Jeder ist ersetzbar.
Der Kampf geht weiter»
Das stimmt.
*Aber das stimmt auch **nicht:***
Nicht jeder ist ersetzbar
und der Kampf hat immer nur das Gesicht und das Herz
des Menschen der kämpft
*Und ich habe **den** Kampf gemocht*
*der **dein** Gesicht hatte*
*und **dein** Herz –*
und jetzt wird kein anderer
***dein** Gesicht haben*
und man wird dein Gesicht in Zukunft
nur noch auf Bildern sehen wie das Gesicht Che Guevaras
und Rosa Luxenburgs
und das ist nicht dasselbe
Und dein Herz wird man nirgends mehr sehen.

Nicht in jedem Punkt
war ich deiner Meinung
und du hast nie bestanden darauf dass jemand
*deiner Meinung sein **muss***
und schon gar nicht in jedem einzelnen Punkt
Deine Meinung konnte man Punkt für Punkt
mit dir diskutieren
Jetzt aber kann ich nichts mehr mit dir diskutieren
und so sehr es ankam auf die einzelnen Punkte
so wenig kommt es jetzt auf die einzelnen Punkte an…

*Es ist nicht möglich von deinem Leben und Tod zu **sprechen***
*und zu **schweigen** von der Revolution die*
– ungleich uns Menschen –
nicht tot ist für immer wenn man sie einmal totsagt
*und in der **etwas** von dir leben wird wenn sie einmal*
*wieder auflebt – von **dir** aber auch von anderen*
*die hier nicht trauern können um dich weil sie **vor** dir*
sterben mussten (oder vielleicht nicht müssen hätten)
Auch von diesen Verlorenen haben dich manche geliebt
*und du hast sie nie **ganz** verloren aus deinen Augen*
und aus deinem Herzen –
auch dann nicht als sie sich verrannten
und sich verhärteten und begannen sich selbst zu verlernen.
Auch sie darf man nicht totschweigen
*wenn man vor **dir** spricht*
auch wenn dein oder mein Weg ein anderer ist als ihr Irrweg:
Sonst wäre der Kreis derer die deine Liebe und Einsicht
umfasst hat zu eng – und dies hier wäre nur Trauer
von Gleichgesinnten um Gleichgesinnte; das wäre zu wenig
*Denn der Kampf der **dein** Gesicht und **dein** Herz hatte*
ist auch ein Kampf
*um die Liebe zu **vielen** ohne Abgrenzungen und Grenzen*
Sonst wäre er für dich und das Denken an dich zu klein.
Der Kampf geht weiter.

Erich Fried

Wohin frau/man geht

Tünelkultur Rest. Simplon Naters

Freitag, 16. Februar, 21.00 Uhr
Drum'n Base
DJ Bengston.zürich und DJ carlos.gluringen

Samstag, 10. März, 21.00 Uhr
Hip-Hop Live: Hobbitz
MC Dimitri / MC Kaiser / DJ Vibe

Samstag, 24. März, 21.00 Uhr
T'Chap le Noir
jazz.blues.soul.funk.rock

Samstag, 14. April, 21.00 Uhr
Radionight
DJ-Soundsystem with Gundi,
Studer und Söhne

Grossrats- und Staatsratswahlen
3. März 2001

Die SP-Oberwallis trifft sich am Wahlsonntag wie folgt:

ab 15.00 Uhr
Restaurant «Simplon»
Naters

Die Treffen der verschiedenen Bezirksparteien am Wahlsonntag werden in der Tagespresse bekanntgegeben.

Generalversammlung OGUV

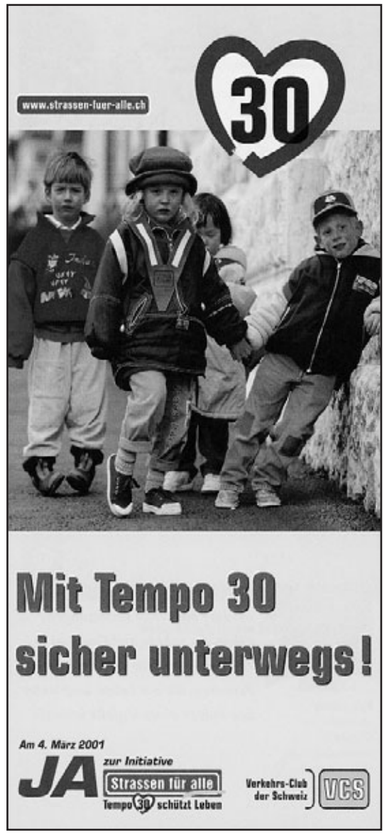
Donnerstag, 8. März, 20.00 Uhr
Im Restaurant «Simplon» Naters
Referat von Leo Arnold
«Energie und Umwelt: Was machen wir und welche Möglichkeiten stehen uns zur Verfügung, die fossile Energie zu ersetzen»

Generalversammlung NGO

Dienstag, 6. Februar, 19.00 Uhr
im «Bahnhofbuffet» Brig
Vortrag von Dr. Arnold Steiner
«Flora von Zermatt»

Generalversammlung Natur- und Vogelschutzverein Visp und Umgebung

Freitag, 16. Februar, 19.00 Uhr
Kongress- und Gemeindezentrum «La Poste», Visp
Referat von Dr. Raphael Arlettaz,
Biologe Brämis
«Der Wiedehopf im Rhonetal»



Keller Theater Brig

Freitag, 9. März, 20.30 Uhr
Gigi Moto
Superstar

Mittwoch, 21. März, 14.00 Uhr
Kleine Raupe
Kindertheater

Freitag, 23. März, 20.30 Uhr
Birkenmeiers
Ruhe gibt es nicht

Samstag, 7. April, 20.30 Uhr
Schwarzer Kaffee
Theater Narrenpack

Freitag, 4. Mai, 20.30 Uhr
Quartett
Les Liasions dangereuses

Umwelt-Agenda

Donnerstag, 15. März, 20.00 Uhr
Bahnhofbuffet Brig
Naturethik – zur Verantwortung des Menschen angesichts der ökologischen Probleme
Vortrag von Dr. Markus Huppenbauer

Sonntag, 18. März
Frühlingsexkursion
halbtägige ornithologische Exkursion
Leitung NVVVU / SVS
Treffpunkt: 8.30 Uhr, Bahnhof Visp

Sonntag, 22. April
Oberwalliser Vogelbeobachtung
halbtägige ornithologische Exkursion
in diversen Gemeinden
Detailprogramm siehe Tagespresse

Samstag, 5. Mai
Pfynwald erleben
Naturkundliche Exkursion im Pfynwald
Leitung: Ralph Imstepf
Treffpunkt: 8.00 Uhr, Bahnhof Leuk

Nähere Informationen und Anmeldung:
Oberwalliser
Umweltsekretariat
Tel. 027 923 61 62

Walliser Politik ohne «Rote Anneliese»-Abo ist wie…*

***…eine Walliser Regierung ohne Staatsrat Thomas Burgener.**

Wir brauchen weiterhin Ihre Unterstützung.

Nehmen Sie diese Nummer in die Hand. Viele Informationen finden Sie nur in der «Roten Anneliese». Wir treten ein für ein soziales, offenes und umweltfreundliches Oberwallis. Das bringt uns nicht nur Freunde. Gerade deshalb sind wir auf unsere Abonnentinnen und Abonnenten angewiesen. Auch im Jahre 2001. Unterstützen Sie uns, damit die einzige Oppositionzeitung im Oberwallis auch weiterhin erscheint.

Der Abopreis: 30 Franken für ein Normalabo; 60 Franken für ein Unterstützungsabo.

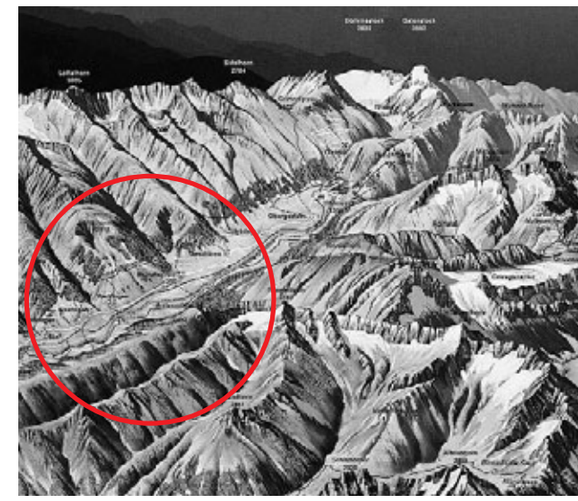
Herzlichen Dank

Die Redaktion

Das gibt's doch nicht! Jetzt kommen die Motorflieger ins Goms

Wortbruch auf der ganzen Linie!

MÜNSTER – **Die Gemeinde Münster, die anderen Gommer Gemeinden und die Region Goms haben es immer wieder betont und nach Bern geschrieben: Auf dem Flugplatz Münster gibt es nur die Weiterführung des bisherigen Segelflugbetriebes. Damit gaben sich die Segelflieger nicht zufrieden. Beim Bundesamt für Zivilluftfahrt haben sie zusätzlich einen Motorflugbetrieb verlangt und ihre freche Forderung wurde hochoffiziell in den Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt aufgenommen.**



Keine gute Nachricht für Hängegleiter: Im Umkreis von 5 Kilometer gilt während der schneefreien Zeit ein Flugverbot.

VON KURT MARTI

Die Segelflieger der Akademischen Fluggruppe (AFG) zeigen ihr wahres Gesicht. Hintenherum haben sie beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL), die «Öffnung des Flugplatzes Münster für den erweiterten Betrieb (längere Nutzungsdauer, Erweiterung für Motorflug und Heli)» verlangt. Die Bundesbeamten haben diesen Wunsch gnädig erhört und in den SIL aufgenommen. «Touristik- und Geschäftsflüge, Sommersegelfluglager» steht im SIL, der im letzten Oktober vom Bundesrat abgesegnet wurde. Vor allem die Gemeinde Münster, aber auch die Region Goms und die anderen Gemeinden, haben immer wieder betont, dass sie nur den bisherigen Segelflugbetrieb weiterführen wollen. Die Urversammlung von Münster hatte dies sogar anfangs April 1999 beschlossen. Und Alt-Gemeindepräsident Silvan Jergen hat es jedem gesagt, der es hören wollte.

Steigerung um 57 Prozent

Was ist aber mit Touristikflügen auf dem Flugplatz Münster gemeint? Das wird im SIL verschwiegen. Der SIL gibt ein Potenzial von 3000 Flugbewegungen (1500 Starts und 1500 Landungen) im Jahr vor. Im Schnitt der letzten Jahre waren es in Münster 1900 Flugbewegungen. Die Bundesbeamten haben also die Zahl der bisherigen Flugbewegungen um ganze 1100 oder um 57 Prozent angehoben. Eine klare Missachtung der Gommer Forderungen.

Es kommt noch dicker! Auf Anfrage erklärt der zuständige BAZL-Mitarbeiter Martin Bär, dass sich «die 3000 Flugbewegungen auf 2500 Segelflugbewegungen und 500 Flugbewegungen von Touristikflügen aufteilen.» Mit Touristikflügen ist die Motorfliegerei (Rundflüge) gemeint. Damit hat das BAZL einmal mehr die Interessen der GommerInnen in den Wind geschlagen und sich auf die Seite der Lobby der Motorflieger gestellt.

80 Motorflüge an schönen Wochenenden

Für Martin Bär sind die zusätzlichen 500 Motorflüge «lärmtechnisch kein Problem». Und beamtenlogisch fährt er fort: «Werden die 250 Starts und 250 Landungen auf 250 Tage im Jahr verteilt, ergibt das einen Start und eine Landung pro Tag.» Als ob sich die 500 Flüge gleichmässig auf acht Monate von Anfang März bis Ende Oktober verteilen.

Doch dann korrigiert sich Bär. Die Motorflieger seien in Wirklichkeit doch «eher an den schönen Wochenenden und eher ausserhalb der sechs Segelflugwochen» in der Gommer Luft. Es ist klar, dass die akademischen Segelflieger aus den Städten des Mittellandes die Ruhe des Goms lieben und die Motorfliegerei den Segelflugbetrieb stören würde. So werden die Motorflieger während den übrigen Sommerwochenenden bei schönem Wetter über dem Goms lärmen. In den drei Sommermonaten gibt es 12 Wochenenden. Sechs davon sind von Segelfliegern besetzt. Dann bleiben noch 6 Wochenenden. Im schlechtesten Fall ergibt das pro Wochenende über 80 lärmige Motorflüge! Jetzt ist Härte angesagt. Der politische Konsens im Goms darf nicht von einigen flugverrückten Berner Beamten und den egoistischen Eigeninteressen der akademischen Segelflieger aus Zürich umgebogen werden. Die Motorfliegerei gehört nicht ins Goms!

Das letzte Kuckucksei des Silvan Jergen

(ktm) – Ein ETH-internes Mail der Akademischen Fluggruppe (AFG) bringt es an den Tag: Der Gemeinderat von Münster hat noch im Dezember letzten Jahres einen Mietvertrag mit den Segelfliegern abgeschlossen. Darin werden zu den bisherigen Segelflügen auch 500 Motorflugbewegungen pro Jahr festgeschrieben. Darüber hinaus sind weitere touristische Motorflüge nach Absprache mit der Gemeinde Münster möglich. Mit der Unterzeichnung des Mietvertrages hat der abtretende Gemeindepräsident Silvan Jergen ein letztes Kuckucksei gelegt. Denn damit wird nicht nur der Münstiger Urversammlungsbeschluss vom April 1999 übergangen, sondern auch die Nachbargemeinden Reckingen und Geschinen. Rolf Blatter, Gemeindepräsident von Reckingen, hat von den 500 Motorflugbewegungen «keine Kenntnis» und verweist auf die Reckinger Stellungnahme zum Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt, worin ausdrücklich geschrieben steht: «Nur Segelflugbetrieb». Und er betont: «Darauf werden wir pochen. Denn Reckingen ist vom Lärm stärker betroffen als Münster.»

Hans Keller, der neue Gemeindepräsident von Münster, gibt sich offen und verweist auf die Gespräche, welche demnächst mit den Gemeinden Reckingen und Geschinen stattfinden sollen. Im Mietvertrag sei ausdrücklich der Vorbehalt enthalten, dass auch die beiden Gemeinden Reckingen und Geschinen zustimmen müssen.

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 166 / Februar 2001
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis